

Südbader Volksbote

Organ für die Interessen der wertvollen Bevölkerung

Der "Südbader Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeiträge „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgesetzte Zeitung über deren Raum 20 Pf. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf. auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, gehobere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 113.

Montag, den 15. Mai 1916.

23. Jahrg.

Der Kapitalmarkt in und nach dem Kriege.

Deutschland bringt leichter Anleihen als seine Gegner auf, weil seine Lager leer sind. Darum herrscht so große Geldflüssigkeit, erfolgt die Einzahlung auch der vierten Kriegsanleihe so prompt und steigt der Kurs der Aktien im Freipreßfehler der Börse auf schwindelnde, um nicht zu sagen schwindelhafte Höhe.

Nach dem Kriege werden die Lager gefüllt und die Betriebseinrichtungen erneuert werden müssen. Das Betriebskapital, das jetzt in hochverzinslichen Renten und Scheinen angelegt ist, wird zurückgezogen werden. Über der Geldbedarf des Reiches, der Staaten und Gemeinden wird nicht aufhören, sondern wachsen. Darum muß sich der Staat Einfluß auf die Kapitalverteilung sichern und die höchste Rentabilität als einzig bestimmendes Prinzip aus halten.

Die tatsächliche Neuauflage von deutschem Kapital in in- und ausländischen Papieren ist für die letzten Jahre auf 2,5 Milliarden Mark geschätzt worden. Die Gesamtverspannisse wurden auf 7 oder 8 Milliarden veranschlagt. Diese Summen werden in der nächsten Zeit nicht wieder erzielt werden. Sagte doch Gotheim im Reichstage, daß jeder Deutsche vier oder fünf Monate für Reich, Staat und Gemeinde arbeiten müsse! Die Verzinsung und Tilgung einer ungeheuren, nicht verbundenen Schuld wird wie ein Bleigewicht die Volkswirtschaft belasten und ihren jährlichen Überschuss herabmindern, der künftig auf höchstens drei Milliarden geschränkt werden darf. Und das angesichts eines gigantisch angehobenen Bedarfs!

Denn das Reich ist nicht der einzige Kostträger des Geldmarktes. Preußen dürfte allein mindestens 3 Milliarden schwender Schulden zu konsolidieren haben und mindestens ebensoviel die übrigen Bundesstaaten. Die Gemeinden haben schon vor dem Kriege wachsende Schwierigkeiten bei der Aufnahme von Kapitalien gehabt und in schlechteren Zeichnungsbedingungen und höhere Verzinsung willigen müssen. Der Wettbewerb der dauernd hochverzinslichen Industrie- und Bankaktien mit ihrer Kurschance und geringem Risiko war empfindlich groß. Nach dem Kriege wird es noch schlechter.

Die Arbeiter sind durch wichtigste Lebensinteressen mit der Entwicklung des Geldmarktes verbunden. Können Reich, Staat und Gemeinden kein Geld zu erschwinglichen Bedingungen austreiben, so bauen sie ihre sozialen Wohlfahrtsseinrichtungen nicht aus oder schränken sie gar ein. Je knapper das Geld, je höher der Zinsfuß, desto größer die aus dem Schuldendienst sich ergebende Steuerlast, desto heftiger der Widerstand gegen die soziale Reform!

Damit erschöpfen sich die verhängnisvollen Folgen der Geldknappheit und -steuerung für die Arbeiterschaft noch nicht. Ist der Leihzins hoch, so ruht die private Bautätigkeit, bis die Wohnungsnot die Mietzinse treibt. Erst Stillstand und Hemmung der Erzeugung, dann hohe Preise — das sind die Folgen der Geldsteuerung, die katastrophal wirken kann.

Deutschland war vor dem Kriege Gläubigerland. Die ausländischen Werte sind, soweit es sich nicht um faule Gründungen handelt, in großem Umfang zurückgesunken. Damit wurde eine wesentlich auf ausländische Kapitalanlage gegründete Hoffnung bestätigt und erfüllt: durch die Abstoßung der fremden Papiere wurden deutsche Guthaben im Auslande geschaffen, aus denen ohne Steigerung der Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln und ihrem Preis ausländische Waren bezahlt werden konnten.

Die Ausfuhr von Kapital wird stark eingeschränkt werden müssen. Sartorius Freiherr von Walterhausen rügt mit Zug und Recht, daß Deutschland Kapital seinen ehemaligen Feinden zur Verfügung gestellt hat, das heute genau so gut gegen Deutschland wirkt wie die ausgeführten Kruppischen Kanonen:

Man wird fragen, wie so etwas (die Emission von 20 Millionen-Rubel-Aktien an der Berliner Börse ganz knapp vor Kriegsausbruch) möglich gewesen ist? War es den Emittionsbanken und dem Publikum unbekannt, daß ein französisch-russisches Bündnis bestand, das das Ziel hatte, Deutschland zu erdrücken? Haben die deutschen Diplomaten in Petersburg die Anteile gut geheißen, oder haben sie von ihnen nichts gewußt? Welche Stellung hat das deutsche Auswärtige Amt zu ihnen eingenommen? Hat man vielleicht gegen Russland nicht unfreundlich sein wollen, als es mit geborgten Milliarden den Feldzug gegen Deutschland und Österreich vorbereitet? Wir können auf diese Fragen keine Antwort geben. Aber das ist doch völlig klar, daß das deutsche Kapital in riesigen Summen nach der östlichen Volkswirtschaft gegangen ist und sie für den Krieg geträumt hat. Da die deutschen Einzelstaaten die Aufsicht über die Börse innehaben und als Mitglieder des Bundesrats das Reichsgeamtinteresse zu vertreten haben, so wird niemand leugnen können, daß sie auf Anregung des Auswärtigen Amtes die Emissionen auswärtiger Feinde zu verhindern verpflichtet sind. Wenn irgendwo, so ist es hier ganz unzweideutig, was unter dem Gesamtinteresse zu verstehen ist.

Weniger durch politische Rücksichten auf das Vaterland, als durch die durch vor dem größeren Risiko im jetzigen Zustand wird das Kapital vor allem bestreudete oder langte,

neutrale Staaten aufsuchen, wobei es freilich infolge der zu hohen steuerlichen Belastung zu einer regelrechten Flucht des Kapitals kommen kann. Träte sie ein, so würden sich die geschilderten Folgen der Geldknappheit potenziert zeigen.

Noch schlechter als das reiche Gläubigerland Deutschland sind die armen Schuldnerländer daran, die Wachenbrödel spielen und auf die Brotsamen warten müssen.

Die Kapitalnot nach dem Kriege rechtfertigt die Kapitalverteilung durch den Staat, die das Streben nach höchster

Rentabilität etwas hinter volkswirtschaftliche und gesamtstaatliche Interessen zurückdrängen kann. Als ein Instrument zu diesem Zweck kann die Reichsbank verwendet werden. Doch darf nie übersehen werden, daß jede Beschränkung des Kapitals und Aushaltung der höchsten Rentabilität als Bestimmungsgrund der Natur des Kapitals widerstreitet, das die Freiheit über alles sieht, die Freiheit zum Gewinn um jeden Preis, zum Raubbau an Mensch und Sache.

Von den Kriegsschauplätzen.

Wir haben wiederholt auf die schweren Opfer hingewiesen; die die Kämpfe bei Verdun erfordern. Einen weiteren Beitrag zu diesem Kapitel liefert in einer Übersicht über die Kriegslage bei Verdun der militärische Mitarbeiter des Berner „Bund“: „Die strategische Lage der Franzosen droht sich aufs neue zu verdunkeln, da sie die Zwischenzeit nicht benutzt haben, um eine Entlastungsoperation anzusehen, sondern sich weiterhin begnügen müssen, ihre Verteidigungsstellungen zu behaupten, rückwärts zu verstärken und sich durch kurze Gegenstöße Lust zu machen. Hierdurch gelangen ihnen zwar Teile rückwärts, weiter reichte ihre Unternehmungskraft aber nicht. So verblieb die Prägung des Gefechtes dem Angreifer, dessen umfassende Offensive nicht zu einem Stillstand gebracht werden konnte.

Sie greift sehr langsam weiter, erzielt aber, an der Schwierigkeit der Operation gemessen, nicht nur große örtliche Erfolge, sondern bestimmt auch die gesamte strategische Lage, also die Kriegslage in weitestem Umfang. Aus der Erfahrung des französischen Oberkommandos geht offenbar heraus, daß der Verteidiger dem Angreifer den verlorenen Boden erst nach Erfüllung aller Widerstandsmittel überließ und die vorgehobenen Stellungen um jeden Preis zu halten suchte. Damit wird ausgedrückt, daß kein Opfer zu hoch war, den Aktionsbereich der Stellung von Verdun in vollstem Umfang zu behaupten. Man mag daran ermessen, wie schwer die Opfer sind, die die französische Armee auf den Schlachtfeldern von Beaumont, Louvemont, Douaumont, in den Wälfern von Caunes und Forges, bei Béthincourt, Malancourt und am Toten Mann brachte. Nun liegt die Blüte des französischen Heeres vor Verdun verkämpft und bleibt voraussichtlich dort noch lange gesesselt.“

Die englische Herrschaft in Irland bildete auch am Sonnabend in den englischen Parlamenten den Gegenstand eingehender Kritik. Das Oberhaus nahm die Resolution Lord Loreburns an, daß das Haus seine tiefe Missbilligung mit der Verwaltung Irlands in Verbindung mit den jüngsten Unruhen auspräche.

Im Unterhaus sagte Tenant: In Irland wurden 14 Rebellen hingerichtet. Zum Tode verurteilt, aber nicht hingerichtet wurden zwei, zu Zuchthausstrafen verurteilt 73 und Gefängnisstrafen mit Zwangsarbeit sechs, 1706 wurden deportiert. Bei den Deportationen stand kein Gerichtsverfahren statt, weil dazu keine Zeit war.

In der Debatte beantragte Dillon (Nationalist), daß die Regierung ihre Absichten über die Fortdauer des Kriegsrechts, der Militärrherrschaft und Massenverhaftungen in Irland mitteilen solle. Dillon sagte, die Hinrichtung eines Mannes außerhalb Dublins würde in Irland große Beifürbung erregen. Die Hinrichtungen machen die Bevölkerung Dublin, die die Regierung bei der Rebellion unterstützte, wild. Die Haussuchungen und Verhaftungen in Limerick und der Grafschaft Clare, die ganz ruhig waren, trieben das Volk in illegale Stimmung hinein. Es sei Wahnsinn, Irland unter der Militärrherrschaft zu lassen. Ein Strom von Blut werde zwischen den beiden Rassen ausgegossen, die nach einem 30-jährigen Kampf der Versöhnung so nahe gebracht waren. Das ganze Versöhnungswerk werde in einem Strom von Blut zerstört. Irland werde von General Maxwell und den Dubliner Clubs regiert. Die Zivilbehörden hätten die Flucht ergriffen. Das schlimmste sei, daß die Hibernia-Begier offen ihre Freude über die Revolte ausprächen. In den Klubs sage man, daß das Kriegsrecht der verhafteten nationalen Partei ein für alle Mal ein Ende machen würde. Viele junge Iren, die in die Armee hätten eintreten wollen, würden jetzt nie mehr daran denken. Der Ausdruck der Desentwillen bei dem Kriegsgericht und die Fortsetzung der Hinrichtungen vergifte die irische Volksseele. Tausende von den Leuten in Dublin, die vor zehn Tagen die ganze Sinn-Feiner-Bewegung bitter bekämpft hatten, seien jetzt infolge dieser blutigen Hinrichtungen auf das höchste angetrieben, die Regierung erbittert; die Stimmung verbreite sich in gesäßlicher Weise über das ganze Land. Dillon betonte, daß die Regierung die nationalen Führer nicht zu Rate gezogen hätte und verpflichtet sind. Wenn irgendwo, so ist es hier ganz unzweideutig, was unter dem Gesamtinteresse zu verstehen ist.

sollten öffentliche Gerichtsverhandlungen stattfinden. Die Injurienten schlugen sich tapfer und ehrlich (Zwischenrutsch) und es wäre ausgezeichnet, wenn alle britischen Soldaten so tapfer kämpften wie die Insurgenter in Dublin.

Nachdem Asquith gesprochen hatte, sagte Hall (sun-abhängiger Nationalist), die letzte Hinrichtung würde das irische Volk mit Schrecken erfüllen und niemals vergessen werden. Die irische Erhebung wurde außerordentlich übertrieben. Es handelte sich um eine Revolte von etwa 1500 Mann. Damit hätte die Polizei fertig werden sollen. Statt dessen wurde Dublin mit Granaten beschossen. Wenn das bisherige Regierungssystem wieder hergestellt würde, würden damit nur weitere Gründen für solche Ausschreitungen geschaffen werden.

Wie man aus diesen Debatten er sieht, kann die Frage noch lange nicht als erledigt angesehen werden; sie dürfte der englischen Regierung noch mancherlei Kopfzerbrechen machen.

Die Konferenz des Bergarbeiterverbandes von Großbritannien nahm mit 583 000 gegen 135 000 Stimmen eine Resolution an, daß sich die Konferenz gegen den Dienstpflicht auspricht und daß sie bei jeder neuen Erweiterung des Dienstpflichtgesetzes Nachahmung üben wird.

Der italienische Arbeiterbund beschloß in einer letzten abgehaltenen Sitzung, an der Londoner Sozialistenkonferenz des Bierverbandes nicht teilzunehmen, wohl aber die Einberufung einer internationalen Arbeiterkonferenz zu betreiben mit dem Zweck, das Kriegsende zu beschleunigen. Der Verlauf der Beratungen zeigte eine tiefgehende Unzufriedenheit der italienischen Gewerkschaften mit dem gegenwärtigen Zustand in Italien.

Nach Meldungen der Bierverbandsprese trug sich die Entente jetzt mit Offensiv-Abfertigungen bei Saloniki. Die Vorbereitungen dazu sind getroffen; stellenweise liegen die gegnerischen Heere nur vier Kilometer aneinander. Es sollen bereits täglich Artillerie- und Koralleriekämpfe stattfinden.

Eine Reihe weiterer Meldungen über Neuerungen in ägyptischen Truppen in Ägypten, über ein Abkommen zwischen Griechenland und Rumänien registrierten wir an anderer Stelle.

Die Kriegslage.

30 Schiffe mit 250 000 Tonnen vernichtet.

WB. Berlin, 14. Mai. (Amtlich). Die U-Bootseinführung im Monat April 1916 sind: Sechsundneunzig feindliche Handelsfahrzeuge mit rund 225 000 Brutto-Register-Tonnen durch deutsche und österreichisch-ungarische Unterseeboote versenkt oder durch Minen verloren gegangen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

WB. Grobes Hauptquartier, 14. Mai. (Amtlich). Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein Erkundungstrupp drang am Bloegoept-Wald (nördlich Armentieres) in die feindliche zweite Linie ein, sprengte einen Minenabschluß und lehrte mit 10 gefangeneng Engländern zurück.

In der Gegend von Bapaume-en-Gohelle fanden Minensprengungen in der englischen Stellung und für uns erfolgreiche Kämpfe um Graben und Trichter statt.

Auf dem westlichen Maas-Ufer wurde ein gegen die Höhe 304 unternommener französischer Handgranatenangriff abgewiesen. Die gegenseitige Artillerietätigkeit auf beiden Maas-Ufern war lebhaft.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Balkan-Kriegsschauplatz. Feindliche Flieger, die aus Mikros und Dorran Bomben abwarfen, wurden durch unser Abwehrfeuer vertrieben.

Oberste Heeresleitung.

Russischer und Südostlicher Kriegsschauplatz.
Nicht von Bedeutung.

Italienischer Kriegsschauplatz.
Auf der Höhe von Doberdo wurde nachts ein heftiger Handgranatenangriff der Italiener westlich von San Martino nach hartnäckigem Kampf abgewiesen.
Sonst war die Gesamtstätigkeit gering.

Gegen Frankreich und Belgien.

Der französische Generalstab berichtet: Sonnabend nachmittag: Auf dem linken Maas-Ufer ununterbrochener Artilleriekampf in den Abschnitten des Waldes von Avocourt und der Höhe 304. Im Laufe der Nacht machten wir noch einige Fortschritte an der Höhe 287. Auf dem rechten Ufer erneuerten die Deutschen gestern gegen Ende des Tages ihre Angriffe auf unsere Gräben südlich von Douaumont. Trotz heftiger Beschleierung, die den feindlichen Stürmen vorausging, geriet unsere Linie an keiner Stelle ins Wanken. Alle Angriffe wurden mit für den Gegner ernsten Verlusten zurückgeschlagen. Andere Angriffsversuche, die sich im Laufe der Nacht gegen unsere Stellungen nördlich des Höchstes Thiaumont richteten, wurden gleichfalls durch unser Sperr- und Maschinengewehrfeuer angehalten. Bei Eparges konnte sich eine starke deutsche Flakabteilung, die nach einem Bombardement gegen unsere Linien strebte, nicht aus dem Walde von Parrot und Van-de-Sapt entwickeln. Ziemlich heftige Kanonade. Die Nacht war ruhig auf dem übrigen Teile der Front.

Sonnabend abend: In der Champagne ziemlich lebhafte Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien in Gegend Proches und Groß-St. Hilaire. Auf dem linken Maas-Ufer verhinderte sich die deutsche Beschleierung im Laufe des Tages. Wie wiesen einen Angriff auf unsere Stellungen westlich der Höhe 304 zurück. An den Nordostabhängen des "Toten Mannes" scheiterte ein vom Feinde verjagter Handstreich vollständig.

Flugwesen: In der Nacht auf den 13. Mai waren eines unserer Geschwader, bestehend aus 10 Flugzeugen, 45 Bomber auf die Bahnhöfe von Mantiolles, Brieulles und die Lager in Gegend Montaucon und Romagne. In derselben Nacht warf eines unserer Flugzeuge elf Bomben auf die Luftschiffhalle bei Meudon.

Die Kämpfe bei Vermelles.

General Haigh berichtete am 12. Mai nach London: Nach heftiger Beschleierung gelang es dem Feind gestern abend, 500 Yards unserer vordersten Schützengräben nordöstlich Vermelles zu nehmen. Wir eroberten in der Nacht durch einen Gegenangriff einen Teil zurück. Heute kam es in dieser Gegend zu keinem weiteren Infanteriekampf, doch herrschte beträchtliche Tätigkeit der Artillerie. Wir behielten die feindliche Stellung gegenüber Guinchy. Sonst nur geringe Tätigkeit der beiden Artilierien.

Gegen England.

Die Unterwerfung erhoffen.

Im englischen Unterhaus kam, wie jetzt bekannt wird, auch eine Angelegenheit zur Sprache, die viel Aufregung verursachte. Ein Dubliner Sozialist nannte Sheehan Skellington war nämlich am Morgen des 16. April erschossen worden, ohne daß irgend welche Untersuchung oder Verhandlung vorangegangen. Sein Haus war durch die Simmänner besetzt und während des Sammels schwer beschädigt worden. Seine Feinde behaupten, daß er gerade Unzuliege erhebte, was er ernsthaft aufgefordert wurde, sich der Plünderung zu enthalten. Er wurde sofort nach der Porta-Bella-Kaserne gebracht und dort liegenden Füßen erhoffen. Der betreffende Offizier, der den Befehl zum Exekutiven gegeben hat, wurde am 6. Mai verhaftet. Es soll Bericht über die Angelegenheit eingehandelt und diese vor einem Ausschuß behandelt werden. Weitere Zeitungsmitteilungen folgen und in der gemauerten Kaserne noch mehr Personen erhoffen werden, ohne daß man sich die Mühe gab, auch mir den Sorgen einer Unterwerfung über Säuld oder Nichtaufsatz zu nehmen.

Außerdem wird gemeldet: James Connolly und John Macnamara, die beiden Vorsitzenden des Beirates der sozialistischen Regierung in Dublin, und Steiging waren vom Kriegsgericht verurteilt und erhoffen werden.

Holländisches Nachrichten zufolge bezogt die Zahl der Opfer in Dublin 216, die geforderten Epidemiesicherungsmaßnahmen kosteten hier auf 1 400 000, Piasten.

Gegen Italien.

Italienische Niederlage am San Michele.

Von dem österreichisch-italienischen Kriegsschauplatz sind größtenteils: Im Freitag haben die Städte des Berges zwischen dem höchsten Bergkamm und dem San Michele in untere Städte eindringen. Gleich beim ersten Angriff geriette sie in das Feuer der italienischen Artillerie, welche die Stadt sofort bei der Einführung in Städte geriet und eine Panzerung ihrer Siedlungen im Städte errichtete. Später wiederholte die Artillerie des Städte, aber diesmal hatte sie kein Glück. Unter großer Feindschaft wurden die Panzerungen, welche durchaus auf die einen Durchbrüche gekommen zu sein. Schon bald wurde in diesem Bereich wieder besetzt, doch die Städte ihrerseits gegen die A. u. A. Städte zu Stadt San Michele umgezogen haben; es sei daher im neuen Kampf, daß die deutschen Italiener einen verlustreichen und erfolglosen Sieg erlangt haben.

Der Balkankrieg.

Endgültige griechische Militärpol.

Das "New York Times" meldet aus Athen: Das griechische Militärpol. und einem griechischen Senator zwei Todesurteile und 37 Strafen. Ein Pol war für die grausige Tat der Serbenstrafen in Haft gesetzt.

Keine verbündeten Truppenverbände.

Ägypter äußern große Sorge die osmanischen Schutzen und Osmanen ihrer Regierung angehören, dass die Waffen nicht auf den Einsatz griechischer Truppen bereit seien.

Griechisch-dänisches Neutralitäts-Abkommen.

Wie die "Kambana" aus zuverlässiger Quelle meldet, teilte der italienische Gesandte in Athen seiner Regierung mit, daß zwischen Griechenland und Rumänien ein Abkommen getroffen sei, dessen Hauptpunkt in der Erklärung liege, die Neutralität beider Staaten unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Ebenso haben sich beide Regierungen entschlossen, allen etwaigen italienischen Ansprüchen auf das entschieden entgegenzutreten.

Gegen englische Postbeschlagnahmen.

Nach Kopenhagener Blättermeldungen führten die Verhandlungen anlässlich der letzten Fälle der Beschlagnahme dänischer Post zu dem Ergebnis, daß England versprach, die Briefpost nach Island unverzüglich zu lassen, während es die übrigen grundsätzlichen Zugeständnisse ablehnte. Betreffend die skandinavische Post nach Amerika bestätigte die Aussicht eines gemeinsamen Vorgehens Dänemarks, Schwedens und Norwegens gegen England, um die Verzögerungen in England möglichst abzukürzen.

Der Kolonialkrieg.

General Smuts meldet nach London: Die deutschen Truppen entfalteten unter der persönlichen Führung Lettow-Vorbeck's eine bedeutende Tätigkeit bei Kondoa-Trangi. Sie versuchten in der Nacht zum 9. Mai einen Angriff, dem ein heftiges Bombardement voranging. Sie wurden mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Der Feind setzte die Offensive am 10. und 11. Mai fort. Am letzten Tage machte er eine leichte Anstrengung, gegen den linken britischen Flügel vorzugehen; er wurde zurückgeschlagen. Unsere Verluste sind unbedeutend. In einem unabkömmlichen Bericht wird gemeldet, daß belgische Streitkräfte in Ruanda bis Kigali vorgedrungen sind, nachdem sie auf schwachen Widerstand gestoßen waren. Wie Reuter aus Moschi (Ostafrika) vom 11. Mai meldet, wiederholte der Feind gestern den Angriff bei Kondoa-Trangi, wobei er sich eines Geschützes vom Kreuzer "Königsberg" bediente. Er wurde infolge der vorzüglichen Haltung unserer Truppen zurückgeschlagen. 50 tote Feinde, darunter zwei Europäer, wurden aufgefunden. Die britischen Verluste sind gering. Man vermutet, daß der deutsche Oberkommandierende v. Lettow-Vorbeck bei dem Angriff zugegen war.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Steuerkonferenz der bundesstaatlichen Minister.

Um heutigen Montag werden sich die Ministerpräsidenten und Finanzminister der Bundesstaaten in Berlin versammeln, um in der Frage der neuen Steuern zu einer Entscheidung zu kommen. Die Besprechungen dürfen zwei Tage in Anspruch nehmen.

Ein neues Lebensmittelamt.

Für die Schaffung eines neuen Amtes, in dessen Händen die Lebensmittelversorgung vereinigt werden soll, werden nach der "Frankfurter Zeitung" in politischen Kreisen ungestört folgende Grundsätze besprochen: Das Amt soll losgelöst werden vom Reichsamt für Ernährung, es soll eine doppelte Spitze, eine militärische und eine zivile, erhalten, beide, wie es scheint, nebeneinander, sodass es mehr als in einem anderen Amt auf die Persönlichkeit ankommt wird. Dieses Amt soll die Befugnis haben, die unter der Zuständigkeit des Bundesrats gefassten Beschlüsse und Verordnungen in der Lebensmittelfrage durch direkte Anweisungen an die Verwaltungsorgane zur Durchführung zu bringen. Das Amt soll direkt dem Reichskanzler unterstehen. Über die Wahl der leitenden Persönlichkeit gehen mancherlei Gerüchte um, unter anderen nennt man den Unterstaatssekretär Michaelis, den Generallandwirtschaftsdirektor Kapp, den ostpreußischen Oberpräsidenten v. Batod; auch an den Bürgermeister Wermuth wird gedacht.

Die Verbesserung der Invalidenversicherung.

Durch den einstimmigen Besluß des Reichstages entstand eine Gesetzesvorlage, welche das bezugsberechtigte Alter für die Altersrente vom 70. auf das vollendete 65. Lebensjahr herabsetzt und die Waisenfürsorge etwas verbessert will; das eine Zwanzigstel soll für jede Waise auf ein Zwanzigstel erhöht werden. Dafür will der Entwurf jeden Wochentbeitrag um 2 Pfsg. erhöhen. — Die Vorlage wurde einer Kommission überwiesen, die am Freitag zusammentrat. Der Kommission lagen sozialdemokratische Anträge vor, welche die Wartezeit von 1200 Beitragswochen auf 1000 Beitragswochen herabgesetzt wissen wollen und welche weiter fordern, den Reichszuschuß der Waisenrente auf 50 Mr. und im § 1292 der R. V. O. jede Waisenrente auf drei Viertel des Grundbetrages der Invalidenrente zu erhöhen. Ein Zentumsantrag fordert, die Rente für jede Waise auf drei Zwanzigstel der Invalidenrente festzulegen. Die sozialdemokratischen Anträge verteidigte Generals Molkenbuhr gegen die Regierungsvertreter, die bestreiten, daß für solche Erweiterungen Mittel vorhanden seien. Der Zentrum abgeordnete Dr. Hitzé meint, die Verhältnisse zwingen zu einer alsbaldigen Reform der Reichsversicherungsordnung nach dem Kriege, weshalb die jetzige Vorlage nicht mit weiteren Forderungen bepackt werden sollte. In der Abstimmung wurden die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt; der Zentumsantrag wurde daraufhin einstimmig angenommen.

Der bayerische Bauernverein über die Lebensmittel-Politik.

Der örtliche bayerische Bauernverein hielt in München in Anwesenheit von etwa 40 Abgeordneten und Bauernvertretern aus ganz Bayern eine Gesamtvorstandssitzung ab, in der Dr. Helm das Referat erstattete. Er nahm in schärfster Weise gegen die einzelnen Regierungen in der Lebensmittelfürsorge Stellung, und betonte insbesondere, daß alle Maßregeln zu spät gekommen seien. Es wurde schließlich eine Entschließung angenommen, die unter anderem folgendes verlangt: Den bisherigen Vertrag mit Brotgetreide und Mehl für das nächste Jahr beizubehalten; den Einkauf von Körnerfrüchten und Butter mit sonstigen Lebensmitteln im Auslande für die ersten Friedensmonate zu verbieten; eine Hochpreispolitik für die ganze Verbrauchsperiode mit unabänderlicher Grenze nach oben; dauernde Bereitstellung der Wirtschaft im Brotgetreideverkehr; Erhöhung der Brotration in der Erntezeit für schwer Arbeitende; Regelung der Kartoffelversorgung; Verbot der Ausfuhr von Butter und Fett aus Bayern; Regelung der Hülsenfruchtmarkte ganz nach Art der Getreideverteilung; ausreichende Beurlaubung von Mannschaften für die Ernte.

Schweden.

Ein schwedischer "Fall Liebfrau". Auch der schwedische Reichstag hatte in dieser Woche einen "Fall Liebfrau" zu behandeln. Anlässlich der Verurteilung des Abgeordneten Höglund zu dreijähriger Zuchthausstrafe wies der Präsident der Zweiten Kammer auf eine Gesetzesbestimmung hin, wonach derjenige, der zu entzweiernden Straße verurteilt ist, seines Mandats verlustig geht. Er beantragte deshalb, der Regierung Mitteilung zu machen, daß das Mandat Höglunds valant sei. Dieser Vorschlag wurde von Branting abgelehnt, der erklärte, jene Gesetzesbestimmung komme nicht in Frage, da Verurteilung eingelegt werde, und es sei kein Anhalt vorhanden, daß das Urteil aufgehoben werde. Der An-

frag des Präsidenten wurde von den Führern der Liberalen und der Rechten unterstützt. Bei der Abstimmung siegte aber Branting mit 94 Stimmen gegen 75. Ein Teil der Liberalen stimmte mit den Sozialdemokraten. Dieser Beschluss kann als eine deutliche Demonstration gegen das Urteil betrachtet werden.

Amerika.

Ein drohender Krieg mit Mexiko? Dem "Daily Telegraph" wird aus Mexiko gemeldet: Der Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko scheint unvermeidlich, da die Besprechungen zwischen den Generälen Obregon und Scott völlig ergebnislos geblieben sind. Während die Regierung in Washington die Ungläubigkeit der mexikanischen Truppen zur Unterdrückung der Waffen in Mexiko vorschreibt, behauptet Mexiko, diese Unruhen würden von Amerikanern angestiftet. Gegen die 10 000 Männer, die Wilson für "Patrouillendienste" an der Grenze zusammengezogen hat, wodurch in Mexiko die höchste Erregung verursacht wurde, versammelt Carranza alle verfügbaren Kräfte. Das Blatt Carranzas sagt: "Wir stehen vor der großen Gefahr eines Krieges, den wir nicht gewünscht und nicht hervorgerufen haben. Falls wir darin verwickelt werden, werden die Vereinigten Staaten nie wieder das Vertrauen eines lateinischen Staates gewinnen und solange ein Amerikaner lebt, wird er für sein Haus, seine Ehre und seinen Glauben kämpfen."

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 10. Mai;

Öffentlicher Arbeitsnachweis. Die Tätigkeit des öffentlichen Arbeitsnachweises, Abt. für Männer und jugendliche Arbeiter, Parade 1, zeigte im Monat April gegenüber dem Vorjahr wenig Veränderung. Es meldeten sich 170 Arbeitsuchende (März 1917). Von 228 (241) offenen Stellen wurden 103 (101) besetzt. In der Landwirtschaft konnten von 41 (37) offenen Stellen 30 (19) besetzt werden. In der Metallindustrie wurden 9 Arbeitsuchende vermittelt und zwar vorwiegend als Montagehelfer und Kesselfeinger. In der Industrie der Holz- und Schnittstoffe sind 4 Stellen besetzt. 3 Maschinen- und Heizer wurden vermittelt. Im Handelsgewerbe (Handlungsgeschäften) sind 4 Stellen besetzt. Für sonstige Lohnarbeit und häusliche Dienste wurden von 67 offenen Stellen 39 erledigt. Arbeitskräfte aus freien Berufarten (Bureauangestellten, Schreiber, Krankenwärter usw.) wurden 14 angefordert und 7 nachgewiesen. Die Unterbringungen jugendlicher ungeliebter Arbeiter stützt auf Schwierigkeiten, zumal mit den Osteren erfolgten Schulentlassungen zahlreiche jugendliche Arbeitskräfte hinzugekommen sind. Ein Teil der Jugendlichen konnte Lehrstellen vermittelt werden. — Die Lage des Arbeitsmarktes für weibliche Personen (Öffentlicher Arbeitsnachweis, Abt. für Frauen und Mädchen, Mengstrasse 29) gestaltete sich im April verhältnismäßig günstig. Die Zahl der Arbeitsuchenden belief sich auf 796 (1915: 727), die der offenen Stellen auf 509 (1915: 426). In 465 Fällen (1915: 336) konnten Arbeitskräfte vermittelt werden. — In der Landwirtschaft wurden infolge der anhaltenden kalten Witterung erst gegen Ende des Monats Arbeiterinnen angefordert. Der Bedarf konnte in weit höherem Maße durch einheimische Kräfte gedeckt werden als im Vorjahr und zwar zu einem erheblichen Teile durch jenseit in anderen Berufen tätig gewesene Frauen. Im Bekleidungsgewerbe boten sich den Heimarbeiterinnen und Kriegerfrauen auch im verflossenen Monat hinreichend Verdienstmöglichkeiten durch die Ausführung von Heeresaufträgen. Von 224 Arbeitsuchenden konnten 208 Berücksichtigung finden. Im Reinigungsgewerbe ging sowohl Angebot wie Nachfrage gleichmäßig zurück. In einigen Fabriken standen im geringen Umfang Entlassungen statt. Die unterzeitige Unterbringung dieser Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, zumal auf den Spargelsfeldern, ging meistens glatt von Statten. Sehr lebhaft war die Nachfrage nach tüchtigen Buchhalterinnen und sonstigem Kaufmännischen Personal mit praktischer Erfahrung. Starles Ueberboten herrschte dagegen an Verkäuferinnen und jungen Kontoristinnen. Der Anstieg von Hausangestellten war weit weniger stark als im gleichen Monat des Vorjahres; dagegen war das Angebot von offenen Stellen erheblich höher: 1915: 117 offene Stellen und 218 Arbeitsuchende. April 1916: 142 offene Stellen und 245 Arbeitsuchende. Schwierig gestaltete sich nur die Unterbringung der Konfirmandinnen und weniger gut empfohlener Mädchen.

Die Kriegerfrauen im Bürgerlichen Recht. Der Krieg führt einen immer größer werdenden Einfluss auf unser Rechtselement aus. Ganz besonders wird davon das Bürgerliche Recht getroffen. Nach ihm soll der Mann das Oberhaupt (der gesetzliche Vertreter und Ernährer), die Frau seine "Gehilfin" sein. Der Mann hat die Entscheidung über eine ganze Reihe die Häuslichkeit betreffender Fragen, wie den Wohnsitz, die Kindererziehung usw. Diese hervorpringende Stellung des Mannes im Familienleben führt zu vielen Schwierigkeiten, namentlich in der Kriegszeit. Was wird mit der Familie, wenn der Mann lange Zeit abwesend ist oder überhaupt genommen wird. Die Familie ist wirtschaftlich vor ein Rechts gestellt und in der Regel auf öffentliche Fürsorge angewiesen und in rechtlicher Hinsicht entbehrt sie plötzlich des Vertreters und Beraters. Hier offenbart das Bürgerliche Recht große Lücken, die sich besonders jetzt fühlbar machen.

Während zu einer großen Reihe von Gesetzen, namentlich der Sozialpolitik, Notgesetze und Notverordnungen ergangen sind, ist das hinsichtlich des Bürgerlichen Gesetzbuches so gut wie noch nicht geschaffen. Von einer kaum nennenswerten Ausnahme abgesehen, ist daher das Bürgerliche Recht so durchzuführen, wie es im Gesetz geschrieben steht. Es ist also irrtig, wenn manche Kriegerfamilien meinen, sie brauchen nunmehr keine Schulden zu bezahlen, es können ihnen die Wohnung oder das Arbeitsverhältnis nicht gefündigt werden, es ruhten die Pflichten gegenüber der Feuerversicherung usw. Alle die einschlägigen Vereinbarungen sind so, wie sie getroffen sind oder wie es das Gesetz vorschreibt, einzuhalten. Das ist natürlich in häufigen Fällen nicht möglich.

Hier hat nun allerdings der Gesetzgeber eingegriffen und durch ein Notgesetz vom 4. August 1914 und durch mehrere Bundesratsverordnungen festgelegt, dass die Kriegerfamilie einen gewissen Schutz bei den Zivilgerichten hat. Der ganze Schutz besteht also nur darin, dass gegen die Familie keine Zwangsmassnahmen ergriffen werden können, dass der Kriegsteilnehmer in seiner Abwesenheit nicht verklagt, nicht gepfändet, nicht aus der Wohnung vertrieben werden kann usw. Aber auch dieser Schutz ist noch sehr mangelhaft. Es liegt zum guten Teil in den Händen des Gerichts, ob es diesen Schutz gewähren will, denn bei einem "mobilen" Kriegsteilnehmer kann der Kläger beantragen, dass dem Bellagten ein Vertreter gestellt wird, und ein "immobilier" Kriegsteilnehmer muss erst ausdrücklich den Antrag stellen, dass das Verfahren gegen ihn ruht. Über diese Anträge entscheidet das Gericht.

Mit diesem "Schutz" ist aber der Kriegerfamilie nicht allzuviel geholfen. Schon ein altes Sprichwort sagt: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Die Verpflichtungen der Kriegerfamilie bleiben bestehen, die Schulden können innerhalb bestimmter Fristen nicht

Der amtliche Kriegsbericht.

WBZ. Großes Hauptquartier, 15. Mai. (Amtlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In vielen Abschnitten der Front war die heiderseitige Artillerie und Patrouillenaktivität lebhaft.

Berichte des Gegners, unserer neu gewonnene Stellung bei Hulluch wiederzunehmen, wurden, soweit sie nicht schon in unserm Artilleriefeuer zusammenbrachen, im Nahkampf erledigt.

Im Kampfgebiet der Maas wurden Angriffe der Franzosen am Westhang des "Toten Mannes" und im Caillottewald mühelos abgeschlagen.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

besonders z. B. für Wohnungsmiete. Kommt der Kriegsteilnehmer zurück, so kann das Schicksal gegen ihn seinen Lauf nehmen: stirbt er, so muss die Witwe als Erbin und Rechtsnachfolgerin für die Verpflichtungen eintreten. Letzteres kann sie nur umgehen, wenn sie durch Meldung beim Amtsgericht innerhalb sechs Wochen die Erbschaft überhaupt ausschlägt. So oder so wird die Familie häufig den wirtschaftlichen Zusammenbruch erleben. Ist doch besonders noch bemerkenswert, dass bei Kriegsteilnehmern eine Verjährung von Anprüchen nicht eintritt; die Zeitdauer der Kriegsteilnahme wird in die Verjährungsfristen und die für die Belegerung des Rechtsweges vorgeschriebenen Ausschlussfristen nicht eingerechnet.

Man sieht, dass der Krieg das Problem des Familienrechts in neuer Beleuchtung zeigt. Es wäre nur zu wünschen, dass die Gesetzgebung die nötigen Schlüsse daraus zieht. Diese können nur dahin gehen, dass unbedingt den Frauen ein größerer Schutz eingeräumt werden muss. Freilich hängen zum guten Teil die Hebelstände, die der Krieg auf dem Gebiete des Bürgerlichen Rechts zeigt, mit weitergreifenden Ursachen zusammen, nämlich damit, dass sich unsere Gesellschaftsordnung überhaupt auf dem System des Privateigentums aufbaut.

"Schwarz-Weiß-Rot." Zu den unangenehmsten Begleitercheinungen des Krieges gehören die schriftstellerischen Leistungen gewisser Heimkrieg und anderer Personen, die mit einem patriotisch feindlichen Anstrich das Grämen der Schlachtfelder und das Weh der Menschen in Neimereien und Romanen verarbeiten. Unter diesen Kriegsromanschriftstellern nimmt Anna Wothe eine erste Stelle ein und ihre Produkte finden auch in Lübeck in den "Lübeckischen Anzeigen" ein ständiges Ablagengebiet. Gegenwärtig erscheint dort der genannte Roman "Schwarz-Weiß-Rot". Wir lesen in der "Deutschen Tageszeitung", dem bekannten konservativen Blatt, von dessen jüngsten Ausgaben uns eine Welt trennt, folgende treffende Kritik dieses Nachwerts:

"Schwarz-Weiß-Rot." Ein Roman aus Deutschlands großen Tagen. Von Anna Wothe. (Brüder Enoch, Hamburg.) Werke von Anna Wothe — der Ausdruck "Bücher" würde mir wie eine Entweihung vorkommen — nehme ich nichts mit besonderen Gefühlen zur Hand. Gefühlen der Ergriffenheit und des Schauders. Ich lese sie aber gewöhnlich nur bis zur zweitgängigen Seite, d. h. falls ich so weit komme. Dann ist meine schwache Natur den seelischen Ergrüppungen nicht mehr gewachsen. Ich pfeife dann zu Beruhigung einige Vers aus Wilhelm Busch auf, für mich hinzuhalten. Und dann schalte ich ein. Auch die gewaltigen Farben und Stimmungen des neuen Wothe-Werkes haben mich in gewohnter Weise für einige Zeit des Müllers Seisselriedens, der rauft. Damit ja! diesen Unterseebootangriff gegen drei feindliche Kreuzer hätte ich mitmachen mögen. Allerdings würde ich den Kommandanten und seinem Offizianten einen tollsaßen Küsst erlöst haben, weil sie sich kurz vor dem Angriff, über Liebesangelegenheiten unterhalten. Aber das sind schließlich nur Kleinigkeiten. Schlimmer ist es schon, dass der Oberleutnant in der Aufregung vergessen zu haben glaubt, den Befehl zum Schließen der "Lücken" zu geben, als das Boot schon unter Wasser ist. Mit deutscher Spannung verfolgt man dafür seine weiteren Leistungen. Mit schwerem Fuß durchschreitet das schwarze kleine Boot die haushohen Wellen. (O Nordsee, Nordsee, wie hast du dich gegen früher verändert!) Dann sieht der Kommandant "ehren wie aus Stahl und Eisen" (!!!) (ich würde hier allerdings geschrieben haben: "höheln wie aus Erz und Eisen", meine Frau dagegen meint: "esfern wie aus Erz und Stahl") längs noch metallner am Schröh. "Angreifen!" — fällt die kommandierende Stimme wie knisternder Stahl in die atemlose Spannung und dann: "aus der Tiefe rauscht es jäh heraus und ein glühendes Blitzen zuckt über den wogenden Grund." (In meiner Zeit war der Grund in der Nordsee, so weit er nicht aus Schlack und Saugsand bestand, fests.) Und dann heult es auf — ein durchwarter Schlag durchzittert die Luft — tote Glut zündelt zum Himmel empor usw. Nach einem zweiten Torpedo "sodert der englische Panzerkreuzer auf wie eine Flammenburg." Ein durchwarter Schrei hält übers Wasser, dann wird es still, unheimlich still. Mehr als tausend (!!) sanken mit dem stolzen Schiff in das nahe Grab. Tausend blühende, junge Menschenleben. (Also nur die Stabsfiziere und die älteren Bootsmannschargen scheinen sich gerettet zu haben. O die Engländer!) Das ist Anna Wothe, die den Klotzgriff ihrer Romankunst zieht, Gott sei Dank, auch in den Dienst des Ruhmes unserer Marine gestellt hat. Ich wollte nach Seite 18 — denn meine Nerven fingen bündelweise an zu reißen, wieder Busch sitzen. Aber mir war doch nicht eigentlich lächerlich zu tun. Ich las vor einigen Tagen ein vom Bayerischen Generalkommando aufgestelltes Begegnungsverbotner Schandliteratur. Und ich erwog sehr ernstlich bei mir, ob dieser schwarz-weiß-rote Roman nicht ein besonderes Tierstück darin bilden würde. Wilhelm Poet-Innsbruck.

Blühende Kastanien! Der blühende Kastanienbaum erfreut in diesen Tagen das Auge des Naturfreundes. Auf dem stumpfigen Grün der prachtvoll runden Baumkronen stehen die weißen Blütenkerzen. Ein solcher Baum bietet in seiner etwas steinplätzlichen Eigenart einen starken Reiz. Die großen Blütenstände sind denn auch offenbar die Veranlassung dazu gewesen, dass der Baum die Wanderung aus seiner Heimat, dem nordgriechischen Gebirgslande, zu uns angetreten hat. Man trifft ihn dort noch heute unterhalb der Tannenregion in einer Höhe von 1000 bis 1300 Meter wildwachsend an. Sein eigenartiger Blütenzettel erregte die Aufmerksamkeit der Türken, nachdem diese im Jahre 1453 Konstantinopel erobert und sich damit dauernd in Europa festgesetzt hatten. Die Türken sind, wie bekannt, sehr große Blumenfreunde; sie haben eine große Zahl der herbstlichen Frühlingsgewächse, die bis zu ihrer Zeit in Europa gänzlich unbekannt waren, dorthin verpflanzt, wie die Tulpe, die Gartenhyazinthe, die verschiedenen Ranunkelarten, die Kastanien, und von allem den herrlichen blau-blau oder weiß blühenden Flieder, die Springe, die ihnen zu Ehren in verschiedensten Gegenden unseres Vaterlandes noch heute florieren. Sie werden

nannt wird. Die kerzengerade nach oben gerichteten pyramidenförmigen Blüten der Kastanien möchten die Türken in besondere Weise an ihre Lieblingsblume, die Tulpe, erinnern, die ebenfalls eine aufrechtstehende Blüte aufweist. Sie pflanzten den Baum in Meersburg auf dem Balkon an, und von dort kam er im 16. Jahrhundert nach dem westlichen Europa, wo er wegen der schon genannten Vorzüglichkeiten eine große Verbreitung fand. Der botanische Name "Aesculus hippocastanum" führt davon her, dass die Türken die Frucht als Heilmittel gegen den Husten ihrer Pferde verwandten.

Fleischbeschaffnahme. Sonnabend vormittag hatte der Schläger Mr. aus der Alsheide in der Markthalle Schweinefleisch feilgeboten, wollte dies aber, wie berichtet wird, nur abgeben, wenn der Käufer gleichzeitig auch Rindfleisch forderte. Das Publikum war darüber ungehalten und beschwerte sich beim Markthallenmeister, der dem Schläger dieses Geschäftsgeschehen untersagte. Der Schläger kümmerte sich nicht darum, auch das Einschreiten eines Polizeikommissars war erfolglos. Die genannten Beamten zeigten sich mit den markierenden Behörden in Verbindung, worauf der Verkaufstand des Schlägers geschlossen und das in demselben befindliche Fleisch beschlagnahmt und anderen Schlägern zum Verkauf übergeben wurde.

Die Morgenuppe. Der Kriegsausschuss für Kaffee, Tee und deren Erzeugmittel unterbreitet dem deutschen Volke folgende Mahnung:

Man muss verstehen, aus jeder Not eine Tugend zu machen. Das ist die beste Lebensregel — für den Einzelnen wie für ganze Völker. Allerdings gibt es da noch Unterschiede. Als die Engländer nach ungeheuren Verlusten unverrichteter Sache von den Dardanellen abzogen, nannten sie den größten aller Misserfolge eine "wunderbar durchgeführte Unternehmung". Auf einem anderen Blatte steht die Tatsache, dass wir Deutschen durch die teilweise Verhinderung der Zufuhr aus dem Auslande zu zahlreichen Errindungen und Verbesserungen von dauerndem Werte veranlasst worden sind.

Zweit handelt es sich um die Wiedereinführung einer früheren allgemeinen Brotzölgenheit in ihr Recht. Kaffee und Tee sind heute knapp in Deutschland. Das ist der richtige Zeitpunkt, um sich den guten alten Morgenuppe zu erinnern, die bei unseren Vorfahren nie fehlten durfte. Im wesentlichen aus Weizen- oder Roggennuss hergestellt, bot sie dem Körper die Sättigung und Kräftigung, nach der er früh verlangt, und der Wohlgeschmack ließ nichts zu wünschen übrig. Jetzt wird von den ersten Sachverständigen dringend empfohlen, der Morgenuppe wieder ihren alten Ehrenplatz im deutschen Hause einzuräumen.

Die Roggen- oder Weizenuppe. Die wichtigsten Nährwerte des Getreides sind in ihr unverkürzt enthalten, und wie wir uns in das unentbehrliche Brot niemals "überreifen" können, so müssen dienjenigen, die in einzelnen Gegenden Deutschlands von alter Zeit her an ihrem Morgenuppie bis zum heutigen Tage festgehalten haben, wie es es ihnen alle Tage von neuem mundet. Es ist diesfach üblich, ein Stück Brot dazu zu essen oder auch in die Suppe zu schneiden, damit dem Körper auch etwas feste Nahrung geboten wird. Um den Geschmack zu verbessern, kann besondere Feinschmecke etwas Schnittlauch, Petersilie oder Kerbel feingeschnitten hinein.

In der altenen Zeit werden von Reichswegen besondere Maßnahmen getroffen werden, um den größten in Frage kommenden Betrieben Deutschlands die Herstellung eines frischen und guten Morgenuppens mit etwas Fettzusatz zu ermöglichen. Man darf sicherlich erwarten, dass die weitesten Kreise unseres Volkes von dieser Gelegenheit einig Gebrauch machen werden. "Wer lange suppt, lebt lange!" sagt ein sehr altes Sprichwort. Und wer gleich am Morgen dem Körper einwandfrei Nährwerte in befriedigender und wohlhabender Form zuführt, schafft eine Grundlage für den ganzen Tag.

So sehr wir die Bemühungen des Kriegsausschusses für Kaffee und Tee auch auerklären, um die Morgenuppe wieder zu Ehren zu bringen, so müssen wir ihm doch empfehlen, zunächst darauf zu achten, dass wir etwas mehr Mehl bekommen, ohne die Brotration zu erhöhen; denn ohne Roggen- oder Weizennuss ist die Mehlsuppe nicht zu kochen.

Der norwegische Dampfer Kong Inge, der hier im Hafen häufig verkehrt, in der Halmstad-Bucht von den Engländern angehalten und nach Leith aufgebracht, ist jetzt in die Fahrt zwischen Hafen der englischen Ostküste gebracht worden. Die Sache wird wahrscheinlich noch in diesem Monat vor das Präsengericht kommen. Inzwischen ist das Schiff von der englischen Regierung requiriert worden.

Eine neue Genossenschaft. Am 12. Mai 1916 ist in das hierige Genossenschaftsregister eingetragen die Firma: Tapetierer-Lieferung-Genossenschaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Sitz: Gegenstand des Unternehmens: Gemeinsame Übernahme von Arbeiten des Tapetier-Gewerbes und ihre Ausführung durch die Mitglieder sowie die Veräußerung von Material. Die Hälfte der Gesellschafter beträgt 50 Mk. Die höchste Zahl der Gesellschafter beträgt 10. Vorstand: Tapetiermeister Ernst Grothe, Friedrich Kloesen, August Burmeister, nämlich in Lübeck.

Beratungsstelle für Petrolenbedarf. Berichtigung: Die Ausgabe der Bezugsscheine für die Verwendung der Kriegshilfe findet nicht wie ursprünglich in der Sonnabendauflage bekannt gegeben wurde, Donnerstag, Freitag und Sonnabend statt, sondern Dienstag, den 16. Mai für die Stadt St. Lorenz. Mittwoch, den 17. Mai für die innere Stadt und Donnerstag, den 18. Mai für die anderen Städte von 5—7 Uhr in der Börse.

pb. Unfug. Aus einem Hause an der Unterstraße ist in der Nacht zum 8. ds. Ms. ein belzerner Hocker mit Bettmutter-Gulagen aus Unfug verschleppt oder gestohlen worden.

pb. Gestohlene Kaninchen. In der Nacht zum Mittwoch, dem 8. ds. Ms. sind von dem Hause eines in Vorwerk wohnhaften Blechspanners 15 Silberkaninchen verschiedenster Alters gestohlen worden. Da eines dieser Kaninchen (Häus) auf einem Acker in Vorwerk vergraben aufgefunden wurde, ist anzunehmen, dass der Täter die Kaninchen zwecks weiterer Züchtung gestohlen hat. — Von einem Hofsplatz in der Klappentrasse ist in der Nacht zum Freitag, dem 12. ds. Ms. ein grau-bräunes tragendes Kaninchen (Häus) gestohlen worden.

pb. Eine Gartenbank entwendet. In der Nacht zum Freitag, dem 12. ds. Ms. ist aus einem Borgen in der Schwarzen Allee eine zusammenklappbare eiserne Gartenbank gestohlen worden. Die Eisensteile der Bank sind grün, die Holzteile gelb gestrichen.

Die öffentliche Doppelbadeanstalt in Schleswig wird vom 16. Mai d. Js. ab bis auf weiteres geöffnet: a) Männer-Abteilung: von 6—11 Uhr vormittags und von 3 Uhr nachmittags bis zum Dunkelwerden. b) Frauen-Abteilung: von 3 Uhr nachmittags bis zum Dunkelwerden. An Sonn- und Festtagen: a) Männer-Abteilung: von 6—12 Uhr vormittags. b) Frauen-Abteilung: geschlossen. Die Gebühr für die Benutzung der Badeanstalt beträgt für Erwachsene 10 Pf. für Kinder 5 Pf. Nahegelegene Benutzung der Badeanstalt für Kinderbetreuete: an Wochentagen: von 5 Uhr nachmittags bis zum Dunkelwerden, an Sonn- und Festtagen: von 10—12 Uhr vormittags.

Trem-Borneweck. Eine Parteiversammlung findet heute, Montag abends 8½ Uhr im Lokale des Herrn Schulz in Trem statt. Genossen Steling wird einen Vortrag über die Aufgaben der Partei nach dem Kriege halten. In Abwehr der wichtigen Tagesordnung ist es dringend erforderlich, dass die Genossen und Genossen zahlreich in dieser Versammlung erscheinen.

Wien, 14. Mai. (Amtlich)

Russischer und Südostlicher Kriegsschauplatz.
Nicht von Bedeutung.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Höhe von Doberdo wurde nachts ein heftiger Handgranatenangriff der Italiener westlich von San Martino, nach hartnäckigem Kampf abgewiesen. Sonst war die Geschäftigkeit gering.

Gegen Frankreich und Belgien.

Der französische Generalstab

Bericht: Sonnabend nachmittag: Auf dem linken Maas-Ufer ununterbrochener Artilleriekampf im Abschnitt des Waldes von Vorcourt und der Höhe 304. Im Laufe der Nacht machten wir noch einige Fortschritte auf der Höhe 287. Auf dem rechten Ufer erneuerten die Deutschen gestern gegen Ende des Tages ihre Angriffe auf unsere Gräben südöstlich von Douaumont. Trotz heftiger Beschleierung, die den feindlichen Stürmen vorausging, geriet unsere Linie an keiner Stelle ins Wanken. Alle Angriffe wurden mit für den Gegner ernsten Verlusten zurückgeschlagen. Andere Angriffsversuche, die sich im Laufe der Nacht gegen unsere Stellungen nördlich des Höchstes Chiaumont richteten, wurden gleichfalls durch unser Spez- und Maschinengewehrfeuer angehalten. Bei Eparges konnte sich eine starke deutsche Ausklärungsabteilung, die nach einem Bombardement gegen unsere Linien strebte, nicht ans dem Walde von Patron und Vandé-Sapt entwickeln. Ziemlich heftige Kanonade. Die Nacht war ruhig auf dem übrigen Teile der Front.

Sonnabend abend: In der Champagne ziemlich lebhafte Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien in Gegend Proches und Groß-St. Hilaire. Auf dem linken Maas-Ufer verminderte sich die heftige Beschleierung im Laufe des Tages. Wir wiesen einen Angriff auf unsere Stellungen westlich der Höhe 304 zurück. An den Nordostabhängen des "Toten Mannes" scheiterte ein vom Feinde verübter Handstreich vollständig.

Flugzeuge: In der Nacht auf den 13. Mai warfen unserer Geschwader, bestehend aus 10 Flugzeugen, 45 Bomben auf die Bahnhöfe von Montlois, Brieulles und die Lager in Gegend Montreux und Romagne. In derselben Nacht warf eines unserer Flugzeuge 15 Bomben auf die Luftschiffhalle bei Meudon.

Die Kämpfe bei Vermelles.

General Haigh berichtete am 12. Mai nach London: Nach heftiger Beschleierung gelang es dem Feind gestern abend, 500 Yards unserer vordersten Schützengräben nordöstlich Vermelles zu nehmen. Wir eroberten in der Nacht durch einen Gegenangriff einen Teil zurück. Heute kam es in dieser Gegend zu keinem weiteren Infanteriekampf, doch herrschte bemerkbare Tätigkeit der Artillerie. Wir beschossen die feindliche Stellung gegenüber Quintay. Sonst nur geringe Tätigkeit der beiden Artilierien.

Gegen England.

Die Untersuchung eröffnet.

Im englischen Unterhaus kam, wie jetzt bekannt wird, auch eine Angeklagtheit zur Sprache, die viel Aufregung verursachte. Ein Dubliner Journalist namens Sheehan Skellington war nämlich am Morgen des 16. April erwischt worden, als er das irgendeine Untersuchung oder Verhandlung vorzog. Sein Haar war durch die Briten gezeigt und während des Kampfes schwer beschädigt worden. Seine Freunde behaupteten, daß er gerade Anklage erfuhr, was er entweder erwiderte wurde, ihm die Wahrheit zu erhalten. Er wurde sofort nach der Portobello-Artillerie gestrichen und hat seither jedes Erkennen. Der betreffende Offizier, der den Besuch zum Ergebnis gegeben hat, wurde am 6. Mai verhaftet. Es soll Bericht über die Angeklagtheit eingesendet und die vor einer Klage freigesetzt werden. Weitere Zeugenaufnahmen folgten und in der gesamten Reihe soll nicht Berichten erlaubt werden, dass das war die Wahrheit, auch nur der Schein einer Unterstellung über Spaß oder Humor zu dulden.

Zusätzlich wird gemeldet: James Connolly und John Macrae, die beiden Umverteidiger des Republicans der britischen Regierung in Dublin, sind gestern morgen vom Kriegsgericht verurteilt und ermahnt worden.

Irlandischen Statistiken zufolge beträgt die Zahl der Opfer in Dublin 216, die geforderten Schadensersatzansprüche belaufen sich auf 1.490.000 Pfund.

Gegen Italien.

Italienische Niederlage am See Triglie.

Am Dienstag waren die Stufen des Seejag. unterstellt, durch Major-General Giacomo Braga am Nachmittag des 10. Mai im ersten Gefecht an der Bucht des See Triglie in einem Gefecht ausgetragenen. Nachdem diese Jagd geschieden war, in das Gewebe einer anderen Braga, welche die Stufen der See Triglie waren, bei der Entwicklung des Sturms verschwand und eine Einigung unserer Sowjeten im See Triglie verschwand. Später wiederholte die Sowjeten den Zugriff, aber auch dann hatte die See Triglie. Unter großer Spannung wurde die Sowjeten, welche überzeugt war, dass sie gegen Deutschland gekämpft sei, von Cattaneo besiegte. In seinem Bericht wider behauptet, dass die Sowjeten ihren Zugriff gegen die ital. Stufen am See Triglie ausgetragen hatten; es ist daher zu zweifeln, dass die heutigen Italiener Jagd einer verbündeten und erfolgreichen Kriegszeit bedient.

Der Balkanfriede.

Ergebnisse des griechischen Krieges.

Das neue Tessin-Zeitung meldet am 15. Mai: Eine jugoslawische Kriegsergebnisse auf einem gesetzlichen Standpunkt zum Frieden und 37 Soldaten. Ein Soldat stellt die gesetzliche Frist der Balkankrieger in Frage.

Keine verbündeten Truppenmarsch.

Die jugoslawischen Truppen haben die erwarteten Schwierigkeiten und Hindernisse ihrer Regierung ausgetragen, die für die Jugoslawen auf dem Balkan und Schwerpunkt strategischer Stärken durchsetzen.

Griechisch-rumänisches Neutralitäts-Abkommen.

Wie die "Kambana" aus zuverlässiger Quelle meldet, teilte der italienische Gesandte in Athen seiner Regierung mit, dass zwischen Griechenland und Rumänien ein Abkommen getroffen sei, dessen Hauptpunkt in der Erklärung liege, die Neutralität beider Staaten unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Ebenso haben sich beide Regierungen entschlossen, allen etwaigen italienischen Ansprüchen auf das entschieden entgegenzutreten.

Gegen englische Postbeschlagnahmen.

Nach Kopenhagener Blättermeldungen führen die Verhandlungen endlich der letzten Fälle der Beschlagnahme dänischer Post zu dem Ergebnis, dass England versprach, die Briefpost nach Island unerlaubt zu lassen, während es die übrigen grundsätzlichen Zugeständnisse ablehnte. Betroffen die standartäre Post nach Amerika besteht die Aussicht eines gemeinsamen Vorgehens Dänemarks, Schwedens und Norwegens gegen England, um die Verzögerungen in England möglichst abzuwickeln.

Der Kolonialkrieg.

General Smuts meldet nach London: Die deutschen Truppen entfalteten unter der persönlichen Führung Lettow-Vorbeck eine bedeutende Tätigkeit bei Kondo-Grangi. Sie versuchten in der Nacht zum 9. Mai einen Angriff, dem ein heftiges Bombardement voranging. Sie wurden mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Der Feind legte die Offensive am 10. und 11. Mai fort. Am letzten Tage mache er eine letzte Anstrengung, gegen den linken britischen Flügel vorzugehen; er wurde zurückgeschlagen. Unsere Verluste sind unbedeutend. In einem unbestätigten Bericht wird gemeldet, dass belgische Streitkräfte in Ruanda bis Kigali vorgedrungen sind, nachdem sie auf schwachen Widerstand gestoßen waren. Wie Reuter aus Moskau (Ostafrika) vom 11. Mai meldet, wiederholte der Feind gestern den Angriff bei Kondo-Grangi, wobei er sich eines Geschützes vom Kreuzer "Königsberg" bediente. Er wurde infolge der vorzüglichen Haltung unserer Truppen zurückgeschlagen. 50 tote Feinde, darunter zwei Europäer, wurden aufgefunden. Die britischen Verluste sind gering. Man vermutet, dass der deutsche Oberkommandierende v. Lettow-Vorbeck bei dem Angriff zugegen war.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Steuerkonferenz der bundesstaatlichen Minister.

Um heutigen Montag werden sich die Ministerpräsidenten und Finanzminister der Bundesstaaten in Berlin versammeln, um in der Frage der neuen Steuern zu einer Entscheidung zu kommen. Die Besprechungen dürfen zwei Tage in Anspruch nehmen.

Ein neues Lebensmittelamt.

Für die Schaffung eines neuen Amtes, in dessen Händen die Lebensmittelversorgung vereinigt werden soll, werden nach der "Frankfurter Zeitung" in politischen Kreisen ungefähr folgende Grundsätze besprochen: Das Amt soll losgelöst werden vom Reichsamte für Innern, es soll eine doppelte Spitz, eine militärische und eine zivile, erhalten, beide, wie es scheint, nebeneinander, sodass es mehr als in einem anderen Amt auf die Persönlichkeit ankommen wird. Dieses Amt soll die Beauftragten haben, die unter der Zuständigkeit des Bundesrats gefaßten Beschlüsse und Verordnungen in der Lebensmittelfrage durch direkte Anweisungen an die Verwaltungsorte zur Durchführung zu bringen. Das Amt soll direkt dem Reichskanzler unterstehen. Über die Wahl der leitenden Persönlichkeit gehen mancherlei Gerüchte um, unter anderen nennt man den Unterstaatssekretär Michaelis, den Generallandschaftsdirektor Rapp, den ostpreußischen Oberpräsidenten v. Bodod; auch an den Biedereitertritt einer so energischen Persönlichkeit wie Oberbürgermeister Wermuth wird gedacht.

Die Verbesserung der Invalidenversicherung.

Durch den einstimmigen Beschluss des Reichstages entstand eine Gesetzesvorlage, welche das bezugsberechtigte Alter für die Altersrente vom 70. auf das vollendete 65. Lebensjahr herabließt und die Waisenfürsorge etwas verbessert will; das eine Vierzigstel soll für jede Waise auf ein Zwanzigstel erhöht werden. Dafür will der Entwurf jeden Wochenbeitrag um 2 Pf. erhöhen. — Die Vorlage wurde einer Kommission überwiesen, die am Freitag zusammentrat. Der Kommission lagen sozialdemokratische Anträge vor, welche die Wartezeit von 1200 Beitragswochen auf 1000 Beitragswochen herabgesetzt wissen wollen und welche weiter fordern, den Reichszuschuss der Waisenrente auf 50 Pf. und im § 1292 der R. B. O. jede Waisenrente auf drei Viertel des Grundbetrages der Waisenrente zu erhöhen. Ein Zentrumsantrag fordert, die Rente für jede Waise auf drei Zwanzigstel der Waisenrente festzusetzen. Die sozialdemokratischen Anträge verteidigte Genosse Molkenbuhr gegen die Regierungsvertreter, die bestreiten, dass für solche Erweiterungen Mittel vorhanden seien. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Hiltz meint, die Verhältnisse zwingen zu einer alsbaldigen Reform der Reichsversicherungsordnung nach dem Kriege, weshalb die jetzige Vorlage nicht mit weiteren Forderungen bepaßt werden sollte. In der Abstimmung wurden die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt; der Zentrumsantrag wurde daraufhin einstimmig angenommen.

Der bayerische Bauernverein über die Lebensmittel-Politik.

Der katholische bayerische Bauernverein hießt in München in Anwesenheit von etwa 40 Abgeordneten und Bauernvertretern aus ganz Bayern eine Gesamtversammlung ab, in der Dr. Heim das Referat erstattete. Er nahm in klarster Weise gegen die einzelnen Regierungen in der Lebensmittelversorgung Stellung, und betonte insbesondere, dass alle Maßnahmen zu spät gekommen seien. Es wurde schließlich eine Entschließung angenommen, die unter anderem folgendes verlangt: Den bisherigen Verfecht mit Brotgetreide und Mehl für das nächste Jahr beizubehalten; den Einkauf von Körnerfrüchten und Getreidemitteln wie sonstigen Lebensmitteln im Ausland für die ersten Friedensmonate zu verbieten; eine Höchstpreispolitik für die ganze Verbrauchsperiode mit unabänderlicher Grenze nach oben; dauernde Beseitigung der Mängelstände im Brotgetreideverfecht; Erhöhung der Brotration in der Erntezeit für schwer Arbeitende; Regelung der Kartoffelversorgung; Verbote der Ausfuhr von Butter und Fett aus Bayern; Regelung der Häusserntruhrräte ganz nach Art der Getreideverregelung; ausreichende Beurlaubung von Mannschaften für die Ernte.

Schweden.

Ein sogenannter Fall Liebfrau. Nun der schwedische Reichstag hatte in dieser Woche einen "Fall Liebfrau" zu beurteilen. Anfanglich der Verurteilung des Abgeordneten Höglund zu dreijähriger Zuchthausstrafe wies der Präsident der Zweiten Kammer auf eine Gesetzesbestimmung hin, wonach derjenige, der zu entzessender Strafe verurteilt ist, seines Mandats verlustig geht. Er beantragte deshalb, der Regierung Rüttelung zu machen, da das Mandat Höglunds vakan sei. Dieser Vorschlag wurde von Brian ting bekämpft, der erklärte, jene Gesetzesbestimmung kommt nicht in Frage, da Berufung eingelegt werde, und es sei Auskunft vorhanden, dass das Urteil aufgehoben werde. Der Au-

trag des Präsidenten wurde von den Führern der Liberalen und der Rechten unterstützt. Bei der Abstimmung siegte aber Branting mit 94 Stimmen gegen 75. Ein Teil der Liberalen stimmte mit den Sozialdemokraten. Dieser Beschluss kann als eine deutliche Demonstration gegen das Urteil betrachtet werden.

Amerika.

Ein drohender Krieg mit Mexiko? Dem "Daily Telegraph" wird aus Mexiko gemeldet: Der Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko scheint unvermeidlich, da die Verhandlungen zwischen den Generälen Obregon und Scott völlig ergebnislos geblieben sind. Während die Regierung in Washington die Unzulänglichkeit der mexikanischen Truppen zur Unterdrückung der Wirren in Mexiko vorschreibt, behauptet Mexiko, diese Unruhen würden von Amerikanern angestiftet. Gegen die 10 000 Mann, die Wilson für "Patrouillendienste" an der Grenze zusammengezogen hat, wodurch in Mexiko die höchste Erregung verursacht wurde, versammelt Carranza alle verfügbaren Kräfte. Das Blatt Carranzas sagt: "Wir stehen vor der großen Gefahr eines Krieges, den wir nicht gewünscht und nicht hervorgerufen haben. Falls wir darin verwickelt werden, werden die Vereinigten Staaten nie wieder das Vertrauen eines lateinischen Staates gewinnen und solange ein Amerikaner lebt, wird er für sein Haus, seine Ehre und seinen Glauben kämpfen."

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 12. Mai;

Öffentlicher Arbeitsnachweis. Die Tätigkeit des öffentlichen Arbeitsnachweises, Abt. für Männer und jugendliche Arbeiter, Parate I, zeigte im Monat April gegenüber dem Vormonat wenig Veränderung. Es meldeten sich 170 Arbeitssuchende (März 197). Von 228 (241) offenen Stellen wurden 193 (104) besetzt. In der Landwirtschaft konnten von 41 (37) offenen Stellen 30 (10) besetzt werden. In der Metallindustrie wurden 9 Arbeitssuchende vermittelt und zwar vorwiegend als Montagehelfer und Kesselreiniger. In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe sind 4 Stellen besetzt. 3 Maschinisten und Heizer wurden vermittelt. Im Handelsgewerbe (Handlungsgeschäften) sind 4 Stellen besetzt. Für sonstige Lohnarbeit und häusliche Dienste wurden von 67 offenen Stellen 39 vermittelt. Arbeitsträger aus freien Berufen (Bureauangestellten, Schreiber, Krankenwärter usw.) wurden 14 angefordert und 7 nachgewiesen. Die Unterbringungen jugendlicher ungelerner Arbeiter stützt auf Schwierigkeiten, zumal mit den Osteren erfolgten Schulentlassungen zahlreiche jugendliche Arbeitskräfte hinzugelommen sind. Einen Teil der Jugendlichen konnte Lehrstellen vermittelt werden. — Die Lage des Arbeitsmarktes für weibliche Personen (öffentlicher Arbeitsnachweis, Abt. für Frauen und Mädchen, Mengstraße 25) gestaltete sich im April verhältnismäßig günstig. Die Zahl der Arbeitssuchenden belief sich auf 796 (1915: 727), die der offenen Stellen auf 509 (1915: 426). In 465 Fällen (1915: 336) konnten Arbeitskräfte vermittelt werden. — In der Landwirtschaft wurden infolge der anhaltenden Witterung erst gegen Ende des Monats Arbeitnehmerinnen angefordert. Der Bedarf konnte in weit höherem Maße durch einheimische Kräfte gedeckt werden als im Vorjahr und zwar zu einem erheblichen Teile durch sonst in anderen Berufen tätig gewesene Frauen. In Betriebsgewerbe boten sich den Heimarbeiterinnen und Kriegerfrauen auch im verschönen Monat hinreichend Verdienstmöglichkeiten durch die Ausführung von Heestersaufträgen. Von 224 Arbeitssuchenden konnten 208 Berücksichtigung finden. Im Reinigungsgewerbe ging sowohl Angebot wie Nachfrage gleichmäßig zurück. In einigen Fabriken fanden im geringen Umfang Entlassungen statt. Die anderweitige Unterbringung dieser Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, zumeist auf den Spargelfeldern, ging meistens glatt vonstatten. Sehr lebhaft war die Nachfrage nach tüchtigen Buchhalterinnen und sonstigem laufmännischen Personal mit praktischer Erfahrung. Starkes Überangebot herrschte dagegen an Verkäuferinnen und jungen Kontoristinnen. Der Anfang von Hausangestellten war weit weniger stark als im gleichen Monat des Vorjahrs; dagegen war das Angebot von offenen Stellen erheblich höher; 1915: 117 offene Stellen und 318 Arbeitssuchende, April 1916: 142 offene Stellen und 245 Arbeitssuchende. Schwierig gestaltete sich nur die Unterbringung der Konfirmandinnen und weniger gut empfohlener Mädchen.

Die Kriegerfrauen im Bürgerlichen Recht. Der Krieg übt einen immer größer werdenden Einfluß auf unser Rechtsleben aus. Ganz besonders wird davon das Bürgerliche Recht getroffen. Nach ihm soll der Mann das Oberhaupt (der gesetzliche Vertreter und Ernährer), die Frau seine „Gehilfin“ sein. Der Mann hat die Entscheidung über eine ganze Reihe die Häuslichkeit betreffender Fragen, wie den Wohnsitz, die Kindererziehung usw. Diese hervorpringende Stellung des Mannes im Familienleben führt zu vielen Schwierigkeiten, namentlich in der Kriegszeit. Was wird mit der Familie, wenn der Mann lange Zeit abwesend ist oder überhaupt genommen wird. Die Familie ist wirtschaftlich vor ein Rechts gestellt und in der Regel auf öffentliche Fürsorge angewiesen und in rechtlicher Hinsicht entbehrt sie plötzlich des Vertreters und Beraters. Hier offenbart das Bürgerliche Recht große Rüten, die sich besonders jetzt fühlbar machen.

Während zu einer großen Reihe von Gesetzen, namentlich der Sozialpolitik, Notgesetze und Notverordnungen ergangen sind, ist das hinsichtlich des Bürgerlichen Gesetzbuches so gut wie noch nicht geschaffen. Von einer kaum nennenswerten Ausnahme abgesehen, ist daher das Bürgerliche Recht so durchzuführen, wie es im Gesetz geschrieben steht. Es ist also irrtig, wenn manche Kriegerfamilien meinen, sie brauchen nunmehr keine Schulden zu bezahlen, es können ihnen die Wohnung oder das Arbeitsverhältnis nicht gekündigt werden, es ruhen die Pflichten gegenüber der Feuerversicherung usw. Alle die einschlägigen Vereinbarungen sind so, wie sie getroffen sind oder wie es das Gesetz vorschreibt, eingehalten. Das ist natürlich in häufigen Fällen nicht möglich.

Hier hat nun allerdings der Gesetzgeber eingegriffen und durch ein Notgesetz vom 4. August 1914 und durch mehrere Bundesratsverordnungen festgelegt, daß die Kriegerfamilie einen gewissen Schutz bei den Zivilgerichten hat. Der ganze Schutz besteht also nur darin, daß gegen die Familie keine Zwangsmassnahmen ergriffen werden können, daß der Kriegsteilnehmer in seiner Abwesenheit nicht verklagt, nicht gepfändet, nicht aus der Wohnung geföhrt werden kann usw. Aber auch dieser Schutz ist noch sehr mangelhaft. Es liegt zum guten Teil in den Händen des Gerichts, ob es diesen Schutz gewähren will, denn bei einem „mobilen“ Kriegsteilnehmer kann der Kläger beantragen, daß dem Beklagten ein Vertreter gestellt wird, und ein „immobiler“ Kriegsteilnehmer muß erst ausdrücklich den Antrag stellen, daß das Verfahren gegen ihn ruht. Über diese Anträge entscheidet das Gericht.

Mit diesem „Schutz“ ist aber der Kriegerfamilie nicht allzuviel geholfen. Schon ein altes Sprichwort sagt: Ausgeschlossen ist nicht aufgehoben. Die Verpflichtungen der Kriegerfamilie bleiben bestehen, die Schulden können inzwischen laminarisch anwachsen.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 15. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In vielen Abschnitten der Front war die heiderseitige Artillerie- und Patrouillentätigkeit lebhaft.

Berichte des Gegners, unserer neu gewonnene Stellung bei Hulluch wiederzurücken, wurden, soweit sie nicht schon in unserm Artilleriesieger zusammenbrachen, im Nahkampf erledigt.

Im Kampfgebiet der Maas wurden Angriffe der Franzosen am Westhang des „Toten Mannes“ und im Caillettewald mühelos abgeschlagen.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

besonders z. B. für Wohnungsmiete. Kommt der Kriegsteilnehmer zurück, so kann das Schicksal gegen ihn keinen Lauf nehmen; stirbt er, so muß die Witwe als Erbin und Rechtsnachfolgerin für die Verpflichtungen eintreten. Letzteres kann sie nur umgehen, wenn sie durch Meldung beim Amtsgericht innerhalb sechs Wochen die Erbschaft überhaupt ablehnt. So oder so wird die Familie häufig den wirtschaftlichen Zusammenbruch erleben. Ist doch besonders noch bemerkenswert, daß bei Kriegsteilnehmern eine Verjährung von Ansprüchen nicht eintritt; die Zeitdauer der Kriegsteilnahme wird in die Verjährungsfristen und die für die Beschreibung des Rechtsweges vorgeschriebenen Ausschlußfristen nicht eingerechnet.

Man sieht, daß der Krieg das Problem des Familienrechts in neuer Beleuchtung zeigt. Es wäre nur zu wünschen, daß die Gesetzgebung die nötigen Schlüsse daraus zieht. Diese können nur dahin gehen, daß unbedingt den Frauen ein größerer Schutz eingeräumt werden muß. Freilich hängen zum guten Teil die Lebensstände, die der Krieg auf dem Gebiete des Bürgerlichen Rechts zeitigt, mit weitergreifenden Ursachen zusammen, nämlich damit, daß sich unsere Gesellschaftsordnung überhaupt auf dem System des Privateigentums aufbaut.

Schwarz-Weiß-Rot. Zu den unaugenscheinlichen Begleitererscheinungen des Krieges gehören die schriftstellerischen Leistungen gewisser Heimkrieger und anderer Personen, die mit einem patriotisch sein sollen. Anstück das Grauen der Schlachtfelder und das Weh der Menschen in Neimat und Romanen verarbeiten. Unter diesen Kriegsromanschriftstellern nimmt Anna Wohle eine erste Stelle ein und ihre Produkte finden auch in Lübeck in den „Lübeckischen Anzeigen“ ein ständiges Ablagegefäß. Gegenwärtig erreicht dort der sogenannte Roman „Schwarz-Weiß-Rot“. Wie steht in der „Deutschen Tageszeitung“, den bekannten konservativen Blatt, von dessen sonstigen Aushändigungen uns eine Welt trennt, folgende treifende Kritik dieses Machwerks:

„Schwarz-Weiß-Rot“ Ein-Roman aus Deutschlands großen Tagen. Von Anna Wohle — der Ausdruck „Bücher“ würde mir wie eine Entweibung vorkommen — nehme ich seit mit besonderen Geschichten zur Hand. Gefühlt der Ergriffenheit und des Schauders. Ich lese sie aber gewöhnlich nur bis zur zweiten Seite, d. h. falls ich so weit komme. Dann ist meine schwache Natur den seelischen Schüttungen nicht mehr gewachsen. Ich pfeile dann zur Berichtigung einige Verse aus Wilhelm Busch still für mich hinzu. Und dann läuft ich ein. Auch die gewaltigen Farben und Stimmungen des neuen Werkes haben mich in gewohnter Weise für einige Zeit des Müllers Sesselfriedens veraukt. Sonner ja! diesen Unterboottangst gegen drei feindliche Kreuzer hätte ich mitnehmen mögen. Allerdings würde ich den Kommandanten und seinem Leutnant einen kolossal Rüssel erzeigt haben, weil sie sich kurz vor dem Angriff, über Vielesangelegenheiten unterhalten. Aber das sind höchstlich nur Kleinigkeiten. Schlimmer ist es schon, daß der Oberleutnant in der Anregung vergessen zu haben geglaubt, den Befehl zum Schließen der „Lücken“ zu geben, als das Boot schon unter Wasser ist. Mit deutscher Spannung verfolgt man dafür seine weiteren Leistungen. Mit patriotischem Zugrundesatz das schwarze kleine Boot die haushohen Wellen.“ (Nordic, Nordsee, wie hast du dich gegen früher verändert!) Dann steht der Kommandant „lehnen wie aus Stahl und Eisen“ (!!!) ich würde hier allerdings geschriften haben: „schlagen wie aus Eisen und Stahl“ längst noch metallenes am Schrot. „Angriffen! — fällt die kommandierende Stimme wie Herrnder Stahl in die atemlose Spannung“ und dann „aus der Tiefe rauscht es jäh heraus und ein glühendes Blitzen zuckt über den wogenden Grund.“ (Zu meiner Zeit war der Grund in der Nordsee, so weit er nicht aus Schlick und Saugsand bestand, fest.) Und dann heult es auf — ein furchtbarer Schlag durchschüttelt die Luft — rote Blitze züngeln zum Himmel empor“ usw. Nach einem zweiten Torpedo „sodert der englische Panzerkreuzer auf wie eine Flammenburg“. Ein furchtbarer Schrei hallt übers Meer, dann wird es still, unheimlich still. Mehr als tausend (!) sinken mit dem stolzen Schiff in das naße Grab. Tausend blühende, junge Menschenleben.“ (Also nur die Stabsoffiziere und die älteren Bootsmannscharingen leben sich gerettet zu haben. O die Engländer!) Das ist Anna Wohle, die den Kriegskrieg ihrer Romanistik lebt, Gott sei Dank, auch in den Dienst des Ruhmes unserer Marine gestellt hat. Ich wollte nach Seite 18 — denn meine Nerven fingen bündelweise an zu reißen, wieder Busch zitiieren. Aber mir war doch nicht eigentlich lächerlich zumute. Ich las vor einigen Tagen ein vom Bremischen Generalkommando aufgestelltes Berichtsverboten Schriftliteratur. Und ich erwog sehr ernstlich bei mir, ob dieser schwarz-weiß-rote Roman nicht ein besonderes Ziel darin hilden würde.

Wilhelm Voigt, Innsbruck.

Blühende Kastanien! Der blühende Kastanienbaum erfreut in diesen Tagen das Auge des Naturfreundes. Auf dem stumpfen Astigen Grün der prächtigen Baumkronen stehen die weißgoldenen Blütenkerzen. Ein solcher Baum bietet in seiner etwas fremdländischen Eigenart einen starken Reiz. Die großen Vorzüge dieses Baumes sind denn auch offenbar die Veranlassung dazu gegeben, daß der Baum die Wanderung aus seiner Heimat, dem nordostasiatischen Gebirgslande, zu uns angetreten ist. Man trifft ihn dort noch heute unterhalb der Tannenregion in einer Höhe von 1000 bis 1300 Metern wildwachsend an. Sein eigenartiger Blütenstrudel erregte die Aufmerksamkeit der Türken, nachdem diese im Jahre 1453 Konstantinopel erobert und sich damit dauernd in Europa festgesetzt hatten. Die Türken sind, wie bekannt, sehr große Blumenfreunde; sie haben eine große Zahl der herrlichsten Frühlingsgewächse, die bis zu ihrer Zeit in Europa ganz unbekannt waren, dorthin verpflanzt, wie die Tulpe, die Gartenhyazinthe, die verschiedenen Ranunkelarten, die Kaiserkrone, und vor allem den herrlichen blaublau oder weiß blühenden Nymphenkönig, die Springe, die ihnen zu Ehren in verschiedensten Gedenken unseres Vaterlandes noch heute türkischer Namen geblieben sind.

nannt wird. Die Kerzenkerze nach oben gerichteten pyramidenförmigen Blüten der Kastanien möchten die Türken in besonderer Weise an ihre Lieblingsblüte, die Tulpe, erinnern, die ebenfalls eine aufrechtstehende Blüte aufweist. Sie pflanzten den Baum in Mengen auf dem Balkan an, und von dort kam er im 16. Jahrhundert nach dem westlichen Europa, wo er wegen der schon gekennzeichneten Vorzüge schnell eine große Verbreitung fand. Der botanische Name „Aesculus hippocastanum“ röhrt davon her, daß die Türken die Frucht als Heilmittel gegen den Husten ihrer Pferde verwandten.

Fleischbeschlagnahme. Sonnabend vormittag hatte der Schlächter M. aus der Alsheide in der Markthalle Schweinefleisch zeitig geboten, wollte dies aber, wie berichtet wird, nur abgeben, wenn der Käufer gleichzeitig auch Kindfleisch forderte. Das Publikum war darüber ungehalten und beschwerte sich beim Markthallenbesitzer, der dem Schlächter dieses Geschäftsgebrächen unterstiege. Der Schlächter kümmerte sich nicht darum, auch das Einsetzen eines Polizeikommissärs war erfolglos. Die genannten Beamten setzten sich mit den maßgebenden Behörden in Verbindung, woraus der Verkaufstand des Schlächters geschlossen und das in denselben befindliche Fleisch beschlagahmt und anderen Schlächtern zum Verkauf übergeben wurde.

Die Morgenuppe. Der Kriegsausschuss für Kaffee, Tee und deren Erzeugmittel unterbreitet dem deutschen Volke folgende Mahnung:

Man muß verstehen, aus jeder Not eine Tugend zu machen. Das ist die beste Lebensregel — für den Einzelnen wie für ganze Völker. Allerdings gibt es da noch Unterschiede. Als die Engländer nach ungemeinen Verlusten unverrichteter Sache von den Dardanelles abzogen, nannten sie den größten aller Kriegserfolge eine „wunderbare durchgeführte Unternehmung“. Auf einem anderen Blatte steht die Tatsache, daß wir Deutschen durch die teilweise Verhinderung der Zufuhr aus dem Auslande zu zahlreichen Erfüllungen und Verbesserungen von dauerndem Wert veranlaßt worden sind.

Zuletzt handelt es sich um die Wiedereinführung einer früheren allgemeinen Geplögenheit in ihr Recht. Kaffee und Tee sind heute knapp in Deutschland. Das ist der richtige Zeitpunkt, um sich der guten alten Morgenuppe zu erinnern, die bei unseren Vorfahren nie fehlen durfte. Im wesentlichen aus Weizen- oder Roggengemehl hergestellt, bot sie dem Körper die Sättigung und Kraftigung, nach der er früh verlangt, und der Wohlgeschmack ließ nichts zu wünschen übrig. Jetzt wird von den ersten Sachverständigen dringend empfohlen, der Morgenuppe wieder ihren alten Ehrenplatz im deutschen Hause einzuräumen.

Die Roggen- oder Weizenuppe. Die wichtigsten Nährwerte des Getreides sind in ihr unverkürzt enthalten, und wie wir uns in das unantastliche Brot niemals „überessen“ können, so müssen diesenjenigen, die in einzelnen Gegenden Deutschlands von alter Zeit her an ihrem Morgenupplein bis zum heutigen Tage festgehalten haben, wie sehr es ihnen alle Tage von neuem munter. Es ist vielfach üblich, ein Stück Brot dazu zu essen oder auch in die Suppe zu schneiden, damit dem Magen auch etwas feste Nahrung geboten wird. Um den Geschmack zu verbessern, tun besonders Heinrichsmeier etwa Schnittlauch, Petersilie oder Kerbel feingeschnitten hinein.

In der allernächsten Zeit werden von Reichswegen besondere Maßnahmen getroffen werden, um den größten in Frage kommenden Betrieben Deutschlands die Herstellung eines billigen und guten Morgenuppentisches mit etwas Fettzusatz zu ermöglichen. Man darf sicherlich erwarten, daß die weitesten Kreise unseres Volkes von dieser Gelegenheit eifrig Gebrauch machen werden. Wer lange suppt, lebt lange! sagt ein sehr altes Sprichwort. Und wer gleich am Morgen dem Körper einwandfrei Nährwerte in befriedigender und wohlhabender Form zuführt, schafft eine Grundlage für den ganzen Tag.

So sehr wir die Bemühungen des Kriegsausschusses für Kaffee und Tee auch anerkennen, so müssen wir ihm doch empfehlen, zunächst dafür zu sorgen, daß wir etwas mehr Mehl bekommen, ohne die Brotration zu schwämmern; denn ohne Roggen- oder Weizenmehl ist die Mehlsuppe nicht zu köchern.

Der norwegische Dampfer „Kong Inge“. der hier im Hafen häufig verkehrt, in der Hafnstad-Bucht von den Engländern angehalten und nach Leith ausgebracht, ist jetzt in die Fahrt zwischen Häfen der englischen Küste gebracht worden. Die Sache wird wahrscheinlich noch in diesem Monat vor das Präsengericht kommen. Inzwischen ist das Schiff von der englischen Regierung requiriert worden.

Eine neue Genossenschaft. Am 12. Mai 1916 ist in das hierige Genossenschaftsrecht eingetragen die Firma: „Tapezerie-Lieferungs-Genossenschaft“, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Sitz: Gegenstand des Unternehmers: Gemeinsame Übernahme von Arbeiten des Tapezier-Gewerbes und ihre Ausführung durch die Mitglieder sowie die Beförderung von Material. Die Haftsumme der Genossen beträgt 10. Vorstand: Tapeziermeister Fritz Großke, Friedrich Kloesen, August Burmeister, sämlich in Lübeck.

Beratungsstelle für Petroleumbedarf. Berichtigung: Die Ausgabe der Bezugsscheine für das Petroleum der Kriegsflotte findet nicht, wie irrtümlich in der Sonnabendausgabe bekannt gegeben wurde, Donnerstag, Freitag und Sonnabend statt, sondern Dienstag, den 16. Mai für die Stadt und Donnerstag, den 18. Mai für die anderen Vorstädte von 5—7 Uhr in der Börse.

Pb. Unfall. Aus einem Hause an der Untertrave ist in der Nacht zum 8. ds. Ms. ein hölzerner Stock mit Perlmutt-Einlagen aus Unfall verschleppt oder gestohlen worden.

Pb. Gestohlene Kaninchen. In der Nacht zum Mittwoch, dem 3. ds. Ms. sind dem Hause eines in Bormerk wohnhaften Mechanikers 10 Silberkaninchen verschiedenem Alters gestohlen worden. Da eines dieser Kaninchen (Hahn) auf einem Ast in Bormerk vergraben aufgefunden wurde, ist anzunehmen, daß der Täter die Kaninchen zweck weiter Züchtung gestohlen hat. — Von einem Hofplatz in der Klappenstraße ist in der Nacht zum Freitag, dem 12. ds. Ms. ein grau-braunes tragendes Kaninchen (Hahn) gestohlen worden.

Pb. Eine Gartenbank entwendet. In der Nacht zum Freitag, dem 12. ds. Ms. ist aus einem Vorgarten in der Schwarzer Allee eine zusammenklappbare elterne Gartenbank gestohlen worden. Die Elternteile der Bank sind grün, die Holzteile gelb gestrichen.

Die öffentliche Doppelbadeanstalt in Schleswig wird vom 16. Mai d. Js. ab bis auf weiteres geöffnet: a) Männer-Abteilung: von 6—11 Uhr vormittags und von 3 Uhr nachmittags bis zum Dunkelwerden. b) Frauen-Abteilung: von 3 Uhr nachmittags bis zum Dunkelwerden. An Sonn- und Festtagen: a) Männer-Abteilung: von 6—12 Uhr vormittags. b) Frauen-Abteilung: geschlossen. Die Gebühr für die Benutzung der Badeanstalt beträgt für Erwachsene 10 Pf. für Kinder 5 Pf. Sonntags und Feiertagen die Benutzung der Badeanstalt für Kinderbemittelte: an Wochentagen: von 5 Uhr nachmittags bis zum Dunkelwerden, an Sonn- und Festtagen: von 10—12 Uhr vormittags.

Treib-Vorwerk. Eine Parteiversammlung findet heute, Montag abends 8½ Uhr im Lokale des Herrn Schulz in Trebbel statt. Genosse Giesling wird einen Vortrag über die Aufgaben der Partei nach dem Kriege halten. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es dringend erforderlich, daß die Genossinnen und Genossen zahlreich in dieser Versammlung erscheinen.

Hamburg. Nicht gern in H. — Kapitel ist in der Körte der Geisenhaften handeln, sonst werden sie bestraft! Diejenigen in der Zeit des Weltkrieges, in der Stadt und Gesellschaft mehr denn je auf die gemeinnützige Betätigung des ganzen Volkes angewiesen sind, ganz unbegreifliche Auffassung bestätigte das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg durch ein am 11. Mai 1916 gegen die Genossenschaft „Produktion“ gefalltes Urteil.

Der Vorstand der „Produktion“ hatte einige Aktien der im Jahre 1915 gegründeten und im August 1915 durch den Bundesrat als nur gemeinnützigen Zwecken dienend anerkannten Versicherungsgesellschaft Volksfürsorge erworben und war deshalb vom Schöffengericht und dem Landgericht in Hamburg mit Geldstrafe belegt worden. Das Oberlandesgericht hatte auf eingeleitete Beauftragung der „Produktion“ am 11. Mai Stellung dazu zu nehmen.

Die Verteidigung lieferte den Nachweis, daß der Geistgeber bei Erfüllung des § 149 des Genossenschaftsgesetzes, wonach der Vorstand einer Genossenschaft bestraft werden kann, wenn seine Handlungen auf andere als die im § 1 erwähnten geschäftlichen Zwecke gerichtet sind, „nur den Missbrauch der Genossenschaften zu politischen Zwecken verbieten wollte; auch könne der § 1 des Genossenschaftsgesetzes, der die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder“ als Zweck der Genossenschaft bezeichnet, nicht ganz Enthüllung und der ganzen seitherigen Entwicklung nach nicht so eng ausgelegt werden, daß in dem Erwerbe von Aktien einer gemeinnützigen Gesellschaft eine strafbare Handlung zu erblicken sei.

Aber alles half nichts. Der Oberstaatsanwalt hieß sich an den Buchstaben des Gesetzes, daß in allen Handlungen des Vorstandes nicht nur der Zweck, „die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder“, sondern auch das Mittel „mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes“, wie es der § 1 bestellt, eingeschlossen sein müsse. Der Erwerb von Aktien der Volksfürsorge erfolge nicht „mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes“ und sei sonach zu bestrafen. Im übrigen habe bei der Gründung der Volksfürsorge Herr v. Elm in einem Vortrage gezeigt: „Die Genossenschaften und Gewerkschaften wollten durch die Volksfürsorge auch neue Stützpunkte für ihre Bewegungen schaffen.“ Dadurch sei doch auch die politische (!) Betätigung zugegeben. Die Revision sei daher zu verwerfen. Der Herr Oberstaatsanwalt scheint offenbar durch den Krieg noch nichts von seiner früheren, längst veralteten politischen Orientierung eingebüßt zu haben.

Das Gericht stimmte dem Oberstaatsanwalt bei, ohne jedoch seine mehr als därfürige Begründung zu übernehmen. Es verwies die Revision und bestätigte sonach den Beschluss des Vorgerichts, daß der Vorstand nach § 149 bestraft werden müsse. In der mündlichen Kurzen Begründung des Urteils führte der Vorrichtende aus, daß der Vorstand der „Produktion“ mit dem Erwerb der Aktien der Volksfürsorge nicht „der Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder“, sondern der Förderung der Volks-

versorgung gedient habe. Die Sitzungen der Volksfürsorge begravten den Zinsfuß, und es sei deshalb der Erwerb der Aktien der gemeinnützigen Zwecken dienenden Gesellschaft Volksfürsorge eine kapitalistisch unvorteilhafte Geldanlage, und keine Förderung des Erwerbs der Mitglieder. Der Vorstand der „Produktion“ hat zweifellos mit der Förderung der Volksfürsorge geglaubt, im höheren Sinne den Zwecken seiner Mitglieder zu dienen. Als er aber die Aktien dieser Gesellschaft kaufte, handelte er nicht im Sinne der Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft seiner Mitglieder. Er hat sonach eine Handlung begangen, die „auf andere als die im § 1 erwähnten geschäftlichen Zwecke“ gerichtet war, und war deshalb nach § 149 zu bestrafen. Aus diesen Gründen ist die Revision zu verwerfen.

Also! Weil die Volksfürsorge als gemeinnützige Gesellschaft im Interesse der Versicherten den Aktionären nur 4 Prozent Zinsen zahlt, bietet sie eine kapitalistisch unvorteilhafte Geldanlage, und wenn eine Genossenschaft eine solche kapitalistisch unvorteilhafte Aktie kauft und die gemeinnützige Volksfürsorge im Interesse des Volkes fördert — wird sie bestraft! Wenn eine Genossenschaft aber Aktien einer Gesellschaft kauft, die auf Kosten der vielen Versicherten einige Aktionären 80 Prozent Zinsen abwirkt, ja ist das kapitalistisch vorteilhaft und — erlaubt! Welles ist die Quintessenz des oberlandesgerichtlichen Urteils!

Welles ist richtig nach dem Buchstaben — aber sicher falsch nach dem Geist des Genossenschaftsgesetzes und des Genossenschaftsgedankens! Wenn die Genossenschaften die Konsequenzen aus diesem Urteil ziehen wollten, müßten sie ihre im gegenwärtigen Kriege von allen Seiten anerkannte gemeinnützige Tätigkeit im Dienste der Kriegsfürsorge, die kapitalistisch mehr als unvorteilhaft ist, zum Schaden der Allgemeinheit einstellen. Das werden sie nicht tun, denn für sie gilt der Satz: der Buchstabe tötet, aber der Geist macht lebendig!

Jugendbewegung.

Der Kampf gegen die Arbeiterturnvereine ist auch heute noch nicht unterdrückt. Als durch den Erfolg des Generalstabs im Regierungsbezirk Merseburg den Jugendlichen unter 18 Jahren der Wirtschaftsbetrieb verboten wurde, wandte sich der Arbeiterturnverein in Osmaniide an das Generalstabskommando und den Amtswohnter, während der Turnstunden eine Ausnahme zu machen, damit die Jugendlichen zum Turnen erscheinen könnten. Das Militärrkommando entsprach diesem Wunsch. Die Merseburger Regierung aber unterbindet das Turnen dadurch, daß sie dem Leiter seine Tätigkeit untersagt, weil er sich nicht im Besitz eines Erlaubnisheimes für Privatlehrer befindet, wie es das Gesetz von 1839 vorscribt. — Der Zopf ist doch eine nette Verierung!

Sprechsaal.
(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinelei Verantwortung.)

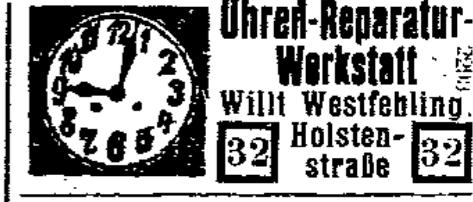
Das Beischniden der Weißdornhecken. Die Landwirtschaftskammer fordert in diesen Tagesschriften die Besitzer von Weißdornhecken auf, deren Beschneidung im Hinblick auf die zu entenden Meldebeeren zu unterlassen. Ich frage mich, welchen praktischen Zweck die Nichtbeschneidung haben kann. Da der Weißdorn erst an mehrjährigem Holz blüht und Frucht trägt, so kann ein Unterlassen des Beschneidens in diesem Jahre — praktisch genommen — erst nach 3—4 Jahren für die Gewinnung der Meldebeeren von Nutzen sein. Nimmt nun die Landwirtschaftskammer an, daß wir noch nach drei Jahren unsern „Kaffee“ bedarf den Weißdornhecken entnehmen müssen? — Wenn aber nicht, dann ist dringend zu raten, die Aufforderung wieder rücksichtig zu machen, denn sie bedeutet, wenn durchgeführt, für unsere Hessen einen Schaden, und vielen wird das spätere Beischniden einer verwilderten Dornhecke infolge der erhöhten Kosten und Mühe überhaupt unmöglich werden. Anders liegt die Sache natürlich bei den Weißdornbüscheln auf unseren Knüts, deren Abholzung allerdings mit Rücksicht auf den genannten Zweck unterbleiben müßte. H. M.

Handels- und Marktnachrichten.

Überster Marktpreise am 18. Mai.
Pauernbutter Pfd. — Mt., Meiereibutter Pfd. 2,55 Mt.
Hasen — — Mt., Enten Stcf. — — Mt., Hühner
Stcf. 5,00—6,00 Mt., Läken Stcf. — — Mt., Tauben
Stcf. 1,20 Mt., Gänse Pfd. — Mt., Edelstink — Mt.,
Schweinstoll Pfd. — Pfg., Wurst geräuchert, Pfd. 3,00 Mt.,
Tier Stcf. 22 und 23 Pfg., Kartoffeln Pfd. — Pfg., Blumen-
sohl Kopf 60—80 Pfg., Spargel 1. Sorte Pfd. 70 Pfg., 2. Sorte
50 Pfg., 3. Sorte 30 Pfg.

Lebende Südwasserfische: Schleie, Portionschleie Pfd. 1,50 Mt., größere Pfd. 1,30—1,40 Mt., Karpen, größere Pfd. — Pfg., Mt., kleinere — Mt., Kal., große Pfd. 2,00 Mt., mittel Pfd. 1,60 Mt., kleine Pfd. 1,00 Mt., Karawachen Pfd. — Pfg., Hechte, mittel 1,25 Mt., große Pfd. 1,20 Mt., Barsch, Pfd. 1,20 Mt., Brachsen, große Pfd. 1,00 Mt., kleine Pfd. 75 Pfg., Kaud. Pfd. 1,00 Mt., Rotaugen, große Pfd. 60 Pfg., kleine Pfd. 50 Pfg., Salzwasserfische: Dreie, lebende Pfd. — Pfg., röth. Pfd. 70—80 Pfg., Sult., größere Pfd. 60 Pfg., kleinere Pfd. 50 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 1,20—1,40 Mt.

Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. **Druck:** Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.



Uhren-Reparatur-Werkstatt

Will Westfehling

32 Holstenstraße 32

Der deutsche Arbeiter und sein Vaterland.

Von Konrad Haenisch
(Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses.)

Preis 10 Pfg.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

* Photographien — Postkarten
Vergroßerungen nach jedem Bilde
in feinst. Ausführ., zu kleinst. Preis.

Atelier Modern
39 Breite Straße 39.

Haus Hirschfeld. (2295)

England und die Sperrung der See

Preis 20 Pfg.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Markt-hallenstand 46. (2301)

Dienstag früh eintreffend:
Dorsch, Heringe, Goldbutt
billigt.

Johannes Boy. Marktkaufamt. 46.

Gemüse- u. Obstbau, Kleinfierzucht

Die besten Anleitungen dazu geben aus der Lehrmeister-Bibliothek die Bändchen:

Anleitung zum Gemüsebau Gurke, Melone und Kürbis
20 Pf. 19 Abb. (Nr. 339)

Düngung im Gemüsegarten
Monatskalender für Obstbau
20 Pf. (Nr. 45).

Lohnender Kartoffelbau
20 Pf. 8 Abb. (Nr. 111)

Das Mistbeet
20 Pf. 36 Abb. (Nr. 260/61)

Der Hausgarten
20 Pf. 8 Abb. (Nr. 1)

Kultur der Erdbeere
20 Pf. 31 Abb. (Nr. 240)

Tomatenbüschlein
20 Pf. 2 Abb. (Nr. 235)

Praktische Champignonzucht
20 Pf. (Nr. 146)

Reizige Beerensträucher
20 Pf. 19 Abb. (Nr. 251)

Pflanzung und Pflege der Obstbäume
20 Pf. (Nr. 44)

Ruhbringende Hühnerzucht
20 Pf. 37 Abb. (Nr. 225/26)

Ruhbring. Kaninchenzucht
20 Pf. 48 Abb. (Nr. 170/71)

Ruhbringende Ziegenzucht
20 Pf. 46 Abb. (Nr. 336/38)

Schweinezucht und -haltung
20 Pf. 5 Abb. (Nr. 65)

Kaninchenleistung
20 Pf. (Nr. 331/35)

Echtlässig in der

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Drucksachen aller Art
fertigt an

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Neu erschienen ist die Sammlung:

„Die Mittel des Krieges“

Band 1 Major v. Schreibersdorf „Die modernen Waffen“

2	desgl.	Seeminnen
3	desgl.	Minion und Proviant
4	desgl.	Torpedo u. Torpedoboote
5	desgl.	Tauch- und U-Boote
6	Jugendrat A. R. Jahns	Flugzeuge und Luftschiffe
7	Kapitän z. See Müller	Kriegsschiffe
8	desgl.	Küsten- u. Schiffsartillerie
9	Hauptmann Oefele	Minen- und Minenwerfer
10	desgl.	Gas- und Rauchbomben
11	desgl.	Panzerautos und Panzerzüge

Preis pro Bändchen 20 Pfg.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.



Nach kurzen schweren Leiden entschlief Sonnenbad mittags 1 Uhr in ihrem 34. Lebensjahr meine geliebte Frau, unsere liebe gute treuegängige Mutter, Schwester, Großmutter und Schwester.

Emilie Tiemeyer geb. Nebel.

Im feinsten Trauer.

Johanna Tiemeyer setzt Kindern, Freunden u. allen Lübeck, Dänemark, Ita. die ihr im Leben nahe standen. Beerdigung Donnerstag, Beginn der Trauzeit 11 Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes.

Dankesagung.

All die Freunde, die uns zum Leid unserer geliebten Ehefrau und geliebten Tochter eintraten und keinen Mindesten, keinen Wohlwollen wünschten.

St. und Engerwagen

zu verhindern. Einzelne.

Die Zukunft bringt ein besseres Leben über zweijährige Zeiträume. Danke, und V. R. 23 im Jahr 1916.

A. K. W. und Sohn.

Beschwerden gegen den Parteivorstand.

Der Parteivorstand schreibt uns:

Eine Bezirkskonferenz für den Agitationsbezirk Leipzig, die am 2. Mai ds. Js. tagte, nahm einen gegen den Parteivorstand und den Parteiausschuss gerichteten Antrag an, in dem unter Aufführung von sieben Punkten behauptet wird, daß der Parteivorstand planmäßig und mit Absicht die Parteigesetze verletzt und damit auf eine Spaltung der Partei hinwirkt". Die Kontrollkommission wird durch den Beschluss aufgefordert, "den Parteivorstand in die ihm zuführenden Grenzen seiner Befugnisse zurückzuweisen". Der Beschluss der Leipziger Bezirkskonferenz wendet sich weiter an die Parteigenossen im Reiche und fordert sie auf, sich gegen die seit dem 4. August 1914 eingeschlagene Politik zu wenden und in diesem Sinne auf den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion einzutreten. Das Verhalten der Fraktionsmehrheit sei die Ursache zu den den Parteigesetzen und Beschlüssen zu widerlaufen Handlungen des Parteivorstandes und habe zur Spaltung der Fraktion geführt.

Weber die Ursachen der Spaltung der Reichstagsfraktion haben wir dem am 27. März 1916 veröffentlichten "Aufruf an die Parteigenossen" nichts anzufügen. Weber die von der Reichstagsfraktion während des Krieges betriebene Politik und über die Vorgänge, die zur Fraktionsspaltung führten, wird im übrigen der nächste Parteitag zu entscheiden haben.

Zu den in dem Beschuß der Leipziger Bezirkskonferenz aufgeführten sieben Punkten sei folgendes bemerkt:

Zu Punkt 1 betreffend das Vorgehen des Parteivorstandes gegen die Redaktion des "Vorwärts" erinnern wir an unsere Erklärungen vom 7. und 10. April 1916, in denen nachgewiesen wurde, daß der Parteivorstand gegen die Redaktion des "Vorwärts" einschreiten mußte, weil er nicht dulden durfte, daß das Zentralorgan der Partei einseitig in den Dienst der "Arbeitsgemeinschaft" stelle, zu einem Kampforgan gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und zu einem Organ zur Förderung der Parteizerrüttung gemacht wurde.

Zu Punkt 2 betreffend den Duisburger Fall hat der Parteivorstand bereits in seiner Erklärung vom 7. April 1916 gesagt, daß die Kündigung der beiden Redakteure erfolgte, weil sie für eine Sonderorganisation wirkten, deren Treiben eine Spaltung der Partei herbeiführen muß. Die betreffenden Redakteure gingen so weit, einen sachlich gehaltenen Bericht über die Stellungnahme einer zum Verbreitungsbereich des Blattes gehörigen Parteiorganisation gegen die Sonderorganisation zu unterdrücken. Durch dieses Verhalten hatten die Redakteure das mit Mitteln der Gesamtpartei errichtete Zeitungsunternehmen aus schwerste gefährdet, bei dessen Gründung der Parteivorstand sich entschieden des Bestimmungsrechts vorbehalten hatte.

Zu Punkt 3, nach dem der Parteivorstand den Parteiausschuß veranlaßt haben soll, seine durch das Organisationsstatut festgelegten Befugnisse zu überschreiten, liegt der Kontrollkommission eine Beschwerde vor, deren Erledigung bis zur nächsten Sitzung der Kontrollkommission vertagt wurde. Sachlich stellen wir zu diesem Vorwurf fest, daß der Parteivorstand stets entsprechend dem Organisationsstatut die Ausfassung vertreten hat, daß der Parteiausschuß gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen zu beraten und durch Besluß sein Gutachten abzugeben hat, daß aber in allen diesen Fragen der Parteitag selbstredend die letzte Entscheidung hat. Auch der Parteiausschuß hat sich in diesem Rahmen gehalten. In der Einleitung des am 9. Januar 1916 gefassten Beschlusses des Parteiausschusses heißt es z. B.: "Der Parteiausschuß, nach dem Statut der Partei berufen, über wichtige, die Gesamtpartei berührende Fragen ein Gutachten abzugeben, erklärt usw."

Zu Punkt 4, daß der Parteivorstand versucht habe, mit Hilfe des Parteiausschusses die der "Arbeitsgemeinschaft"

angeschlossenen Mitglieder der Kontrollkommission aus ihren Ämtern zu drängen, ist zu bemerken, daß der Parteivorstand die Kontrollkommission ersucht hat, zu prüfen, ob die Genossen Bock und Geyer, nachdem sie sich der "Arbeitsgemeinschaft", die im Widerspruch zu dem Organisationsstatut der Partei steht, angegeschlossen hatten, weiter Mitglieder der Kontrollkommission bleiben können. Zu diesem Ersuchen fühlte sich der Parteivorstand verpflichtet.

Wenn es endlich in Punkt 5 des Leipziger Beschlusses heißt, daß der Parteivorstand den Parteiausschuß veranlaßt hätte, gegen den Wortlaut des Statuts ihm oppositionell geäußerte Parteimitglieder ohne das vorgeschriebene Ausschlußverfahren aus der Partei hinauszudringen, so hat der Parteivorstand ein solches Unnötiges niemals an den Parteiausschuß gerichtet. Der Parteivorstand hat nie als oppositionelle Gesinnungen verfolgt, sondern sich nur gegen Handlungen gewandt, die auf eine Spaltung des Parteigesuges hinauslaufen mußten. Daran aber muß und wird der Parteivorstand festhalten, daß Organisationen nur dann Rechte in der Partei beanspruchen können, wenn sie ihren Pflichten nachkommen.

Zu den Punkten 6 (Vorgehen gegen Haase) und 7 (betr. die vom Parteivorstand herausgegebenen Schriften) lagen der Kontrollkommission bereits Beschwerden vor, die in deren Sitzung vom 3. Mai ds. Js. erledigt wurden.

Eine Beschwerde des Vorstandes des Sozialdemokratischen Vereins in Königsberg i. Pr., die sich dagegen wandte, daß die Mitglieder des Parteivorstandes nach den Vorgängen in der Reichstagsitzung vom 24. März dem Genossen Haase erklärt hatten, sie halten ein Weiterarbeiten mit ihm nach seinem Vorgehen für unmöglich, wurde von der Kontrollkommission als unbegründet zurückgewiesen.

In der Beschwerde der Bezirksleitung der Sozialdemokratischen Partei des Niederrheins wegen der redaktionellen Haltung der "Sozialdemokratischen Partei-Korrespondenz" beschloß die Kontrollkommission:

"Die Kontrollkommission kann die Ausfassung der Bezirksleitung des Niederrheins, daß die Haltung der "Parteikorrespondenz" einseitig sei und die Parteinheit auf ernste Gefahr, nicht teilen.

Die Kontrollkommission kann deshalb nicht im Sinne des Antrages der Bezirksleitung wirken.

Insofern die "Parteikorrespondenz" noch zu verbessern oder auszustalten ist, wird die Kontrollkommission sich mit dem Parteivorstand ins Benehmen setzen."

Die Beschwerde des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei in Königsberg i. Pr., die beitrug, daß der Parteivorstand berechtigt gewesen sei, in amtlicher Eigenschaft und mit Partei im mitteln die Broschüren "Für die Einheit der Partei" und "Sozialdemokratie und nationale Verteidigung" herauszugeben, weil er nach Ansicht des Beschwerdeführer damit zugunsten einer Parteirichtung in den gegenwärtigen Parteistreit eingegriffen habe, wurde durch Beschuß der Kontrollkommission als unbegründet zurückgewiesen.

Eine gegen dieselben Broschüren gerichtete Beschwerde aus Leipzig wurde gleichfalls von der Kontrollkommission als unbegründet zurückgewiesen.

Aus diesen kurzen tatsächlichen Feststellungen ergibt sich die Haltlosigkeit der in dem Leipziger Beschuß gegen den Parteivorstand erhobenen Vorwürfe.

Zensurfragen.

In der Fortsetzung der Beratungen in der Budgetkommission des Reichstags spricht

Abg. Dittmann (Soz. Abg.), der sich gegen die Behauptung der Regierung wendet, daß der Reichskanzler für die Handhabung des Belagerungsstaates nicht verantwortlich sei. Diese Deduktion widerspricht direkt dem Wortlaut des Gesetzes, das ausdrücklich bestimmt, daß die Generäle für ihre Handlungen verantwortlich sind. Zum Beweise dafür greift Redner auf die Ver-

handlungen des Reichstags vom Jahre 1870 zurück. Für die Ausübung der Verwaltungstätigkeit der Generäle muß der Reichskanzler die Verantwortung tragen. Mit der Verhängung der Schlußhaft wird Missbrauch getrieben. Ein ungünstiger Staatsbürger ist in Schlußhaft genommen worden, weil angeblich ein Sohn von ihm in Beigien Spionage getrieben habe. Der Mann behauptet, daß er seine Haft nur dem Einfluß hochstehender Persönlichkeiten verdankt, mit denen er in Differenzen zivilrechtlicher Art geraten ist. Der Redakteur eines eläßischen Blattes ist mit Schlußhaft und Einziehung zum Militär bedroht worden, wenn er den Namen des Verfassers eines Artikels nicht nennt. Dem eläßischen Reichstagsabgeordneten Haugy, der sich der Sache annahm, ist Schlußhaft und Ausweisung angedroht worden. — Die Presse findet bei den Generalkommandos nicht das versprochene Entgegenkommen. Bei der Düsseldorfer "Volkszeitung" hat man jetzt den beiden letzten Redakteuren die Einberufung zugestellt und dem Verlag anheimgefallen, bis 1. Juni sich Erklärungen zu suchen. In Halle ist man gegen das sozialdemokratische Blatt eingetreten, weil im Text eine Lücke gelassen worden war, die der Senator veranlaßt hatte. Man muß vom Reichskanzler verlangen, daß er diese Zustände beseitiigt.

Direktor Lewald hält daran fest, daß der Reichskanzler nicht verantwortlich ist für die Maßnahmen der militärischen Beschlüsse. In dem eläßischen Fall sei die Militärverwaltung im Recht gewesen. Der "Eläßer Kurier", um den es sich handle, sei ein Blatt, das im Sinne der Wetter und Blumenthal schreibe.

Abg. Stresemann: Ganz unverständlich ist die Bevorzugung der Auslandsprese. Diese Prese, die in Deutschland verkauft wird, darf ausländische Nachrichten bringen, die zu bringen der deutschen Prese unterliegt in. Wohin soll das führen, die Pressefreiheit völlig zu knebeln. Die Zeitungen dürfen nicht einmal mitteilen, daß sie von der Zensur verhindert werden, ihre Meinung zu sagen. Die Art, wie die Prese von offizieller Seite mit Nachrichten verorgt wird, läuft geradezu auf eine Freiheit der öffentlichen Meinung hinaus. Der amerikanische Botschafter in Berlin hat den Herausgeber einer Zeitschrift mit Tätschungen bedroht, falls er es wage, etwas Nachteiliges über ihn zu veröffentlichen. Der deutschen Prese ist sofort verboten worden, jolche Mitteilungen zu verbreiten. — Die Bestimmungen über die Schlußhaft sind eine Aufhebung der Bürgerlichen Freiheit. Das bedeutet den altertümlichen Absolutismus. — Dieselben Übergriffe zeigen sich bei der Handhabung der Briezsperrre, die sogar auf Dienstmädchen ausgedehnt worden ist. Das Petitionsrecht ist schwer gefährdet, wenn die polizeilichen oder militärischen Behörden Petitionen verbieten können, nur deshalb, weil sie in starker Auslage hergestellt werden. Geradezu unerhört ist es, wenn man verucht, Anträge parlamentarischer Fraktionen nicht in die Deutschtlichkeit gelangen zu lassen. Das läuft lediglich Endes darauf hinaus, den Reichstag unter Wormschaft zu stellen. Trotz aller Kritik im Reichstag ändert sich gar nichts, damit drängt man den Reichstag in eine Rolle, die geradezu läufig ist. Deshalb müssen Organe geschaffen werden, die dem Reichstag für alle diese Dinge verantwortlich sind.

Direktor Lewald sieht noch einmal auseinander, daß das Petitionsrecht nicht verkümmert werden soll, aber Missbrauch soll verhindert werden. Die Frage der Schlußhaft ist schwierig, es kann nicht verlangt werden, daß die Verhafteten alles nachgewiesen wird. Es muß genügen, daß ein Verdacht gegen sie besteht. Die militärischen Stellen erklären, daß sie auf dieses Mittel nicht verzichten können. Das Kriegsministerium in bereits erachtet, die einzelnen Fälle nachzutüpfen. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes rechtfertigt die Zurückhaltung ausländischer Richter, damit, daß man die öffentliche Meinung nicht durch unfontrollierbare Meldungen beeinträchtigen lassen dürfe. Den amerikanischen Botschafter in Schleswig zu nehmen, war die Regierung verpflichtet. Was dem amerikanischen Botschafter vorgeworfen wurde, hat sich als habsiger Kater erwiesen.

Abg. Gemmel (Soz.): Wenn man diese wichtigen Fragen oberflächlich behandelt, dann ist es kein Wunder, wenn die Zensur im Lande draußen macht, was sie für gut befindet. Das Eincreilen in die verfassungsmäßigen Rechte des eläßischen Landtages darf nicht mit einer Handbewegung einfach abgetan werden. Man darf einem General nicht das Recht einräumen, in die Vergangen eingezogen. Redner erklärt, daß er von seinen Vorwürfen nichts zurückzunehmen habe. Im Eläß hat man von dem Recht der Verhängung der Schlußhaft einen weitgehenden Gebrauch gemacht. Die Verhafteten wissen heute noch nicht, wessen man für bestduldigt.

Abg. Hirsch (Nat.): Bringt gleichfalls eine Reihe Klagen über die Pressekenzur vor. Man beschränkt sich nicht nur auf Beleidigung von Druckschriften, sondern verlegt auch die Post, die bereits verteilt Exemplare wieder einzuziehen. Die Art, wie die Regierung diese Klagen behandelt, muß entschieden mi-

Der Werwolf.

Roman von Wilibald Alegis (W. Häring).

67. Fortsetzung.

Die Kleine schien aus ihren Fingern an den Lippen Gedanken zu saugen: "Vater! braucht's denn die Mutter zu wissen? Kann ich nicht so mitgehen bei der schönen Prozession? Das ließ's nicht." "Du wolltest ohne Wissen deiner Mutter!" —

"Der liebe Gott weiß es ja doch."

Joachim strich dem Kinde das Haar von der Stirn, als wollte er in ihren Zügen lesen, wie weit das Gift der Verführung eindringen; und plötzlich verzerrten sich seine Züge; es war aber nicht der Zorn gegen die Tochter.

"Du hast recht, Elisabeth, man braucht nicht alles den Menschen zu sagen, weil der liebe Gott schon alles weiß; und was wir miteinander reden, das braucht deine Mutter nicht zu wissen. Sie ist eine gute Frau, aber sie ist fränkisch und es könnte ihr schaden."

Ein schläuer Aufblick der Tochter schien anzuzeigen, daß sie ihn versteht.

Er sagte, daß die Kurfürstin jetzt so oft rote Augen habe, daß sie vom vielen und späten Lesen. Davon schlage der Mensch des Nachts unruhig, stehe auf und spreche im Traum wunderliche Dinge. In alledem nützte die kleine Elisabeth bedeutungsvoll ihr Köpfchen. Er fuhr fort, daß die gute Mutter davon krank werden, vielleicht gar sterben könne, so man nichts dazu tue. Es sei darum gut, wenn man wisse, was sie abends vornehme, lese und im Traum rede, damit man ihr Mittel verschreiben könne. — Elisabeth verzog mit sanrem Zäheln den Mund; sie dachte an die bitteren Arzneien, die man ihr gereicht und schön nicht geneigt, der Mutter dasselbe Schicksal bereiten zu wollen.

"Schön, die Arzneien sind nicht immer bitter, und wenn dein Vater beizeiten weiß, was deine Mutter fehlt, kann er ihr auch wohl durch süße Tropfen helfen."

Das schien dem Kinde einzuleuchten. Da fragte der Kurfürst noch mancherlei; nach den Büchern, aus welchen die Mutter vorlese; was ne den Kindern dabei erkläre; wer alles zuhöre; ob nicht noch Fremde dabei zugegen wären, und ob die Mutter nicht etwa davon gesprochen, daß sie den und jenen ermarke. Aus einiges redete, aus anderes schüttete Elisabeth den Kopf. Einwider wußt dem kleinen Kind der Mut als es fühlte, welche Bedeutung sie durch dieses Gespräch gewann, oder es langweile sie, denn jetzt erklärte sie, das würde sie nicht sagen, und als Joachim fragte: ob sie nie vom Doktor Luther reden gehört, legten die fränkischen Räume erwacht.

"Ja, Vater, weißt du was! Wenn du das machen kannst, daß sie den Doktor Luther beim Feierabendfeier auch unter dem Saldaßin herumtragen, dann erlaubt Mutter, daß ich bei der Prozeßion sein kann."

Des Fürsten Geduld war erschöpft: "Lieber den heidnischen Triglaf!", rief er und schob den Stuhl zurück.

Da klatschte Elisabeth in die Hände: "Der steht draußen, wie er lebt und lebt, das vergiß ich dir zu sagen."

"Du bist närrisch. Christian ließ ihn erpaden und nahm ihn mit."

"Nein, als ein lebendiger Mensch, Vater, mit solchem Höder; und so häßlich ist sein Gesicht angeblossen; ein Auge ist ihm aus, ganz wie dem Triglaf; er ist ein Kapuziner und sagt, er wartet auf dich. — Nun ruf ich ihn dir."

Die Prinzessin war, ohne das Vaters Befehl abzuwarten, hinausgeprungen, vermutlich, weil der Vater dem Lieblingkind seine eigenmächtige Handlungen bisher nachgesehen. Aber als sie den lebendigen Wendengott Triglaf, der hinter der Tür gestanden zu haben schien, hereinzog, taten zugleich andere über den Gang, von denen der Triglaf und die Prinzessinfolger zurücktreten mußten oder ganz verschwanden. Mit einem "Hinaus! jetzt ist nicht Zeit dazu!" winkte der Kurfürst dem Kinde, sich zu entfernen, und Elisabeth verstand zu wohl, was die rote Ader auf des Vaters Stirn bedeutet um auch nur einen Augenblick länger zu bleiben. Die andern waren der Propst Hilari und der Minister Schlieben, deren hastiger Tritt und Mienen schon eine wichtige Botschaft ansagten: "Wie steht's in Stendal?" rührte Joachim ihnen ergegen.

"Schlimmer, als wir's erwartet."

"In Stendal eben zurück?"

"Er schickte mir den Jakob Jenk; er und Lüderitz haben noch vollzu tun und warten nur auf Euer Durchlaucht Befehl!" sagte der Minister.

"Schnell, kurz, alles!"

"Der König Lorenz Kuchenbäcker —" hob der Minister an, aber der Fürst unterbrach ihn.

"Ein Augustinerkönig, vom Schläge der Wittenberger, hatte von der Kanzel herab die Handwerksschulen ausgenommen, die lutherischen Brüder, die sie auf der Wanderung erlernt, dreist auch in der heiligen Kirche anzupinnen. Sie taten's; da hat's der Magistrat verboten und den Kuchenbäcker vor der Kanzel gesetzte. Ein Augustinerkönig, vom Schläge der Wittenberger, hatte von der Kanzel herab die Handwerksschulen ausgenommen, die lutherischen Brüder, die sie auf der Wanderung erlernt, dreist auch in der heiligen Kirche anzupinnen. Sie taten's; da hat's der Magistrat verboten und den Kuchenbäcker vor der Kanzel gesetzt. Ein Augustinerkönig, vom Schläge der Wittenberger, hatte von der Kanzel herab die Handwerksschulen ausgenommen, die lutherischen Brüder, die sie auf der Wanderung erlernt, dreist auch in der heiligen Kirche anzupinnen. Sie taten's; da hat's der Magistrat verboten und den Kuchenbäcker vor der Kanzel gesetzt. Ein Augustinerkönig, vom Schläge der Wittenberger, hatte von der Kanzel herab die Handwerksschulen ausgenommen, die lutherischen Brüder, die sie auf der Wanderung erlernt, dreist auch in der heiligen Kirche anzupinnen. Sie taten's; da hat's der Magistrat verboten und den Kuchenbäcker vor der Kanzel gesetzt. Ein Augustinerkönig, vom Schläge der Wittenberger, hatte von der Kanzel herab die Handwerksschulen ausgenommen, die lutherischen Brüder, die sie auf der Wanderung erlernt, dreist auch in der heiligen Kirche anzupinnen. Sie taten's; da hat's der Magistrat verboten und den Kuchenbäcker vor der Kanzel gesetzt. Ein Augustinerkönig, vom Schläge der Wittenberger, hatte von der Kanzel herab die Handwerksschulen ausgenommen, die lutherischen Brüder, die sie auf der Wanderung erlernt, dreist auch in der heiligen Kirche anzupinnen. Sie taten's; da hat's der Magistrat verboten und den Kuchenbäcker vor der Kanzel gesetzt. Ein Augustinerkönig, vom Schläge der Wittenberger, hatte von der Kanzel herab die Handwerksschulen ausgenommen, die lutherischen Brüder, die sie auf der Wanderung erlernt, dreist auch in der heiligen Kirche anzupinnen. Sie taten's; da hat's der Magistrat verboten und den Kuchenbäcker vor der Kanzel gesetzt. Ein Augustinerkönig, vom Schläge der Wittenberger, hatte von der Kanzel herab die Handwerksschulen ausgenommen, die lutherischen Brüder, die sie auf der Wanderung erlernt, dreist auch in der heiligen Kirche anzupinnen. Sie taten's; da hat's der Magistrat verboten und den Kuchenbäcker vor der Kanzel gesetzt. Ein Augustinerkönig, vom Schläge der Wittenberger, hatte von der Kanzel herab die Handwerksschulen ausgenommen, die lutherischen Brüder, die sie auf der Wanderung erlernt, dreist auch in der heiligen Kirche anzupinnen. Sie taten's; da hat's der Magistrat verboten und den Kuchenbäcker vor der Kanzel gesetzt. Ein Augustinerkönig, vom Schläge der Wittenberger, hatte von der Kanzel herab die Handwerksschulen ausgenommen, die lutherischen Brüder, die sie auf der Wanderung erlernt, dreist auch in der heiligen Kirche anzupinnen. Sie taten's; da hat's der Magistrat verboten und den Kuchenbäcker vor der Kanzel gesetzt. Ein Augustinerkönig, vom Schläge der Wittenberger, hatte von der Kanzel herab die Handwerksschulen ausgenommen, die lutherischen Brüder, die sie auf der Wanderung erlernt, dreist auch in der heiligen Kirche anzupinnen. Sie taten's; da hat's der Magistrat verboten und den Kuchenbäcker vor der Kanzel gesetzt. Ein Augustinerkönig, vom Schläge der Wittenberger, hatte von der Kanzel herab die Handwerksschulen ausgenommen, die lutherischen Brüder, die sie auf der Wanderung erlernt, dreist auch in der heiligen Kirche anzupinnen. Sie taten's; da hat's der Magistrat verboten und den Kuchenbäcker vor der Kanzel gesetzt. Ein Augustinerkönig, vom Schläge der Wittenberger, hatte von der Kanzel herab die Handwerksschulen ausgenommen, die lutherischen Brüder, die sie auf der Wanderung erlernt, dreist auch in der heiligen Kir

billigt werden. Die Presse wird sogar noch verpflichtet, bestimmte Fragen so zu behandeln, daß man das Wissen der Zeitung nicht erkennen vermag. Mit dieser Art Jenseit hat man nur erreicht, daß die Begeisterung abgesamt ist.

Der K. & A. behauptet, daß die Zustände ohne diese Zeitung noch schlimmer wären. Redner bestreitet, daß er die vorgetragenen Alogien nicht ernst genug nähme.

Abg. v. Gräfe (K.): Im Felde draußen hat man die Kritik an der Zeitung freudig begrüßt; man war dort sehr enttäuscht, als man sah, daß die Verhandlungen des Reichstages ohne Ergebnis geblieben sind. Die Ruhe, die man damit erreicht, erinnert doch recht an die bekannte Kirchhoferne. Einem Volk, das derartige Opfer bringt, darf man solche Dinge nicht zumuten. In England ist die Kritik viel freier als bei uns. Dort hat man nicht dieselbe Angst vor dem Ausland. Wenn Zivilbehörden Anordnungen erlassen, dann müssen sie auch den Mut haben, die Verantwortung zu übernehmen. Die Regierung werde mit ihren Ausführungen nirgends auf Verständnis stoßen. Wer in allgemeinem Sinne national begeistert ist, wird verhindern, seine Meinung zu sagen; er riskiert sofort unter Briefzensur gestellt zu werden. Die Folge ist eine Durchmischung privater Briefschriften. Die Konservativen verlangen keine Ausnahme für sich, sondern das Recht der freien Meinungsäußerung für alle. Die Zeitung kann nur anerkannt werden für rein militärische Angelegenheiten. Die Regierung muß endlich bindende Zusagen geben, sonst schläft der Reichstag leicht aus.

Abg. Dr. Pfeifer (Zenit) behandelt die Frage der Schußhast vom staatsrechtlichen Standpunkt aus. Die Polizei hat einst eine bereits im Frieden aufgestellte Liste verdächtiger Personen übergeben, und die Militärbehörde hat dann die Haft verfügt. Die davon betroffenen Personen sind völlig schullos; sie sind höchstens daran als Verbrecher, denen rechtlische Garantien zur Seite stehen. — Die Ablehnung einer Verantwortung für die Zenitzeitigkeit ist durch nichts begründet, sowohl es sich nicht lediglich um rein militärische Angelegenheiten handelt. Die Zustände in der Lebensmittelversorgung wären nicht so schlimm geworden, wenn man die Kritik nicht unterdrückt hätte. Noch weit schlimmer als die Zeitung ist das Betreiben, dem deutschen Volke eine bestimmte Meinung aufzudrängen. Es müssen Kaufleute gehaften werden, damit Verleger nicht einfach dadurch miniert werden können, daß man das Errichter einer Zeitung auf Kunden hinzu verbietet.

Der K. & A.: Die Erst der Sammlung von Unterstrichen unter die Revisionen des Professors Schäfer, die zu diesem Zweck in Zigarettenpäckchen ausgelegt wurde, war sehr bedeutend. Die Erörterung der Kriegsziele kann nicht freigegeben werden. Das ist der Freie Stahlhofe zu harsche Töpferei man müßtlich nicht sagen. In parlamentaristischen Staaten ist die Zeitung weit liberaler als in Deutschland. Bei der Masse von Einzelheiten ist es gar nicht möglich, daß der Reichstag die Verantwortung übernehmen kann. In den organisatorischen Einrichtungen werde man nichts ändern können. Das Belagerungsgesetz jetzt zu ändern, ist während des Krieges nicht möglich.

Abg. Weinhäuser bezeichnet die militärische Zeitung als erträglich. Das im Ausland die politische Zeitung strenger ist, trifft nicht zu. Man kommt zur Disziplin der deutscher Wehr mehr Vertrauen haben. Auch dieser Redner bringt eine einzige Zeile dafür vor. Wie läuft die Freie unter der Zeitung zu leiden hat.

Die Beratungen geben Sonnabend weiter.

Zur Zeitung wird eine ganze Reihe Anträge und Resolutionen gestellt, von denen folgende erwähnt seien:

Sämtliche Parteien beantragen, daß zu jagen, daß das Betriebs- und Verwaltungsteuer und die Fleischzölle nur jeweils eingestrichen werden, als dies im Frieden regelmäßige Kriegsführung unabdingbar gewesen ist; daß eine gleichmäßige Finanzierung der Zeitung festgestellt wird; und daß man von Fleischabgaben auf die Handelskraft der Zeitung ein Glück ausgenutzt wird, die zufälligen Zufüsse und Beutten tragen der ihnen zugehörigen Verantwortung, die getroffenen Rechnungen und Maßnahmen der konsolidierten Wirtschaft unterstützen.

Die Zeitung selbst beansprucht, daß im gegenwärtigen Regierungssystem den Einfluß eines Gelehrten verringert wird, daß die Durchdringung der Zeitung in sämtlichen Angelegenheiten, insbesondere im Bereich des Basis- und Verwaltungsteuers, nicht mehr dem Namen des Belagerungsgesetzes, des Friedensabkommen und der Verantwortung steht, aber nicht mehr.

Das Gesetz fordert ebenfalls die erträglichen Verhältnisse zu richten, damit z.B. die Verhinderung der Sanktion auf das eigene militärische Geschäft eindeutig gekennzeichnet wird, z.B. bei Verhinderung des Belegs durch bestimmt eingeschränkte Formulare des Angriffs der Feindkraut. Die im ordentlichen Verwaltungssystem gegenwärtig geübten Methoden sind.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft fordert, den Fleischabgaben zu erhöhen, das zu tun, was zu tun ist, um den Fleischmarktstand aufzuhören und Friedenserne für diesen zu fördern überzeugt sind.

Ganz kurz nach der Kritik Pfeifers war der Reichstag am 10. Februar 1916 die Abberufung der Sozialdemokratischen Partei in der Presse. Am 12. Februar 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 13. Februar 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 14. Februar 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 15. Februar 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 16. Februar 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 17. Februar 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 18. Februar 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 19. Februar 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 20. Februar 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 21. Februar 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 22. Februar 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 23. Februar 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 24. Februar 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 25. Februar 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 26. Februar 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 27. Februar 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 28. Februar 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 29. Februar 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 30. Februar 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 31. Februar 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 01. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 02. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 03. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 04. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 05. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 06. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 07. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 08. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 09. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 10. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 11. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 12. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 13. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 14. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 15. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 16. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 17. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 18. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 19. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 20. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 21. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 22. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 23. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 24. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 25. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 26. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 27. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 28. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 29. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 30. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 31. März 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 01. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 02. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 03. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 04. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 05. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 06. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 07. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 08. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 09. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 10. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 11. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 12. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 13. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 14. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 15. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 16. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 17. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 18. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 19. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 20. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 21. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 22. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 23. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 24. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 25. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 26. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 27. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 28. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 29. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 30. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 31. April 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 01. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 02. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 03. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 04. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 05. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 06. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 07. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 08. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 09. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 10. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 11. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 12. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 13. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 14. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 15. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 16. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 17. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 18. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 19. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 20. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 21. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 22. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 23. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 24. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 25. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 26. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 27. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 28. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 29. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 30. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 31. Mai 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 01. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 02. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 03. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 04. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 05. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 06. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 07. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 08. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 09. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 10. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 11. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 12. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 13. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 14. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 15. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 16. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 17. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 18. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 19. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 20. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 21. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 22. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 23. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 24. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 25. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 26. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 27. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 28. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 29. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 30. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 31. Juni 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 01. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 02. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 03. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 04. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 05. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 06. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 07. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 08. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 09. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 10. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 11. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 12. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 13. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 14. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 15. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 16. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 17. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 18. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 19. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 20. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 21. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 22. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 23. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 24. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 25. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 26. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 27. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 28. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 29. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 30. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 31. Juli 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 01. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 02. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 03. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 04. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 05. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 06. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 07. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 08. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 09. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 10. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 11. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 12. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 13. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 14. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 15. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 16. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 17. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 18. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 19. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 20. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 21. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 22. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 23. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 24. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 25. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 26. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 27. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 28. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 29. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 30. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 31. August 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 01. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 02. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 03. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 04. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 05. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 06. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 07. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 08. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 09. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 10. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 11. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 12. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 13. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 14. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 15. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 16. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 17. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 18. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 19. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 20. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 21. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 22. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 23. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 24. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 25. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 26. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 27. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 28. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 29. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 30. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 31. September 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 01. Oktober 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 02. Oktober 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 03. Oktober 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 04. Oktober 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 05. Oktober 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 06. Oktober 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 07. Oktober 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 08. Oktober 1916 kam die Kritik Pfeifers in der Presse. Am 09. Oktober 1916 kam die Kritik P